

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

11

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: A. Reiterfeld, Magdeburg, für Inserate: Emil Kundan, Magdeburg. — Druck und Verlag: W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 23861—23865. Nachtrag (ab 19 Uhr) 2951. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatl. 2,50, Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15 Pf. Sonntag 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1. zw. Höhe und 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf. Kammitenanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 80 mm Breite lokal 75, auswärts 90 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33 1/2 % Zuschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitigem Aufgab keine Gewähr. Platzvorschrift unverbindlich. Erfüllungsort Magdeburg. Postfach 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 69

Sonnabend, den 22. März 1930

41. Jahrgang

Von roten Ketten . . .

Von Rudolf Breitscheid.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei, der in den letzten Tagen dieser Woche in Mannheim stattfindet, hat eine große und sehr unmittelbare Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Politik in der nächsten Zukunft. Von seinen Ergebnissen wird es sehr wesentlich abhängen, ob die gegenwärtige Koalition zusammenbleiben kann, oder ob wir alsbald in eine Krise hineingeraten, deren Folgen einzuweilen unabsehbar sind. Zwar ist kaum anzunehmen, daß die Frage nach dem Verbleiben in der Regierung klar und offen gestellt und mit einem einfachen Nein beantwortet werden wird. Aber die Möglichkeit ist sehr wohl gegeben, daß Bedingungen formuliert werden, die den Bruch zur Unvermeidlichkeit machen.

Wer die volksparteiliche Presse in der letzten Zeit verfolgt, und wer den Verlauf volksparteilicher Konferenzen beobachtet hat, der muß zu dem Schluß kommen, daß sehr starke Kräfte am Werke sind, die unter allen Umständen die koalitionsmäßige Bindung an die Sozialdemokratie lösen wollen, und wo sich der Schleier vor den Vorgängen und den Debatten in der Reichstagsfraktion ein wenig lüftete, da wurde dieser Eindruck nur verstärkt. Die parlamentarischen Vertreter der Partei sind von den Anhängern im Lande mit Briefen und Telegrammen, die den Austritt aus der Regierung und einen grundsätzlichen Kurswechsel forderten, geradezu bombardiert worden, und auch die Besonnenen sind unter der Wirkung dieses Trommelfeuers in eine gewisse Verzweiflungsstimmung geraten.

Was den Sturm entfacht hat? In der Hauptsache wohl die ungünstige Wirtschaftslage und die Art, in der von bestimmten Stellen die an sich berechtigten Besorgnisse um die Zukunft zur Erregung einer Panik benutzt worden sind. Die Schlagwörter von der Unmöglichkeit der Kapitalbildung, von der Ueberlastung mit sozialen Ausgaben, von der Mißwirtschaft in den Gemeinden, von der unbedingten Notwendigkeit einer sofortigen Steuerentlastung sind immer wieder in die Köpfe der kapitalistischen Parteigänger der Volkspartei hineingehämmert worden. Die so erweckten Vorstellungen führen zu der Forderung nach der Trennung von der Sozialdemokratie, mit der sich eine vernünftige, das heißt dem Unternehmertum genehme Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht treiben läßt.

Dazu kommt dann die Philisterangst vor der wilden Agitation der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten und die Konkurrenzfurcht vor der Wirtschaftspartei. Man hat ja schließlich die Young-Gesetze mitgemacht, aber man hat sich doch den demagogischen Argumenten der Rechten nicht ganz entzogen. Man empfindet es schmerzlich, an „nationaler“ Gesinnung von arden übertriffen zu werden, man möchte sich durch die Loslösung von der Sozialdemokratie wieder rehabilitieren und gleichzeitig in der Frage der Finanzreform eine Stellung einnehmen, die den Gegensatz zum „Marxismus“ deutlich erkennen läßt. Das Bürgertum soll einmal wieder von roten Ketten befreit werden.

Nun ist die Parole „Los vom Marxismus“ rein negativ Art. Was will man positiv? Auf diese Frage ist bisher keine eindeutige Antwort gegeben worden. Vor einigen Tagen hat der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei sich in einer Rede durch die Anwendung eines militärischen Bildes aus der Verlegenheit zu ziehen gesucht. Die Partei sei eine abgekämpfte Division, die für eine Zeitlang in Ruhestellung gehen müsse, um dann mit frischen Kräften in den Graben zurückzuführen.

Diese Redensarten machen uns auch nicht klüger. Ebenjamenig belehrt uns der Abgeordnete Albrecht, der vor kurzem in Hannover, nachdem er über die „Reifen“ in der Arbeitslosenversicherung geklagt hatte, auseinandergesetzte, daß niemand sagen könne, was kommen werde, wenn die Partei den nebenbei von ihrem eignen Minister eingebrachten Finanzplan ablehne. Aber abgelehnt werden müsse er, und es wäre dann, wie Herr Albrecht verkündet, eine Konstellation möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, die der unerträglichen Vormachtstellung der Sozialdemokratie ein Ende bereitet und den Weg zu einer Politik bahne, die sich von den Forderungen der Straße frei mache. Der Rede Sinn ist dunkel. Andre meinen, man solle der Weimarer Koalition das Regieren überlassen. Wieder andre phantastieren von einem Kinderarbeitskabinett, dem die Sozialdemokratie mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehe.

Ungausgebrochenes Ziel ist natürlich der Bürgerblock. Nur daß es im Moment bei der Haltung der

Dr. Falk wird Oberpräsident, Paul Weber Regierungspräsident Neue Präsidenten in Magdeburg

Ein Demokrat und ein Sozialdemokrat

Amtlich wird gemeldet:

Der preussische Innenminister wird dem Staatsministerium für die drei in Preußen z. Zt. offenstehenden Oberpräsidien folgende Besetzung vorschlagen:

Provinz Pommern: Oberpräsident der bisherige Regierungspräsident von Stettin von Haffern (DVP.), Regierungspräsident in Stettin: Ministerialrat Dr. Simons (Soz.) vom preussischen Innenministerium.

Provinz Hessen-Nassau: Oberpräsidium in Kassel: Beigeordneter August Haas (Köln, Soz.).

Provinz Sachsen: Oberpräsidium in Magdeburg: Ministerialdirektor Dr. Falk (Dem.), Regierungspräsident Magdeburg: Oberbürgermeister Weber (Halberstadt, Soz.).

Die Ernennungen dürften in der Dienstagssitzung des preussischen Kabinetts beschlossen werden. Die Besetzung der übrigen zu bestehenden Regierungspräsidien dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Uns interessieren hier zunächst die neuen Männer für die Provinz Sachsen und für den Regierungsbezirk Magdeburg. Die Deffentlichkeit wird etwas überrascht sein, weil Paul Weber als Kandidat nur einmal beiläufig, und Ministerialdirektor Falk überhaupt nicht vorher genannt worden ist. Ferner überrascht davon, daß die Spitze des Oberpräsidiums nicht wieder ein Sozialdemokrat bilden soll, da doch die Sozialdemokratische Partei in der Provinz die weitest- aus größte Zahl der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Warum bestand die Sozialdemokratie nicht auf dieses Amt?

Auf diese Fragen gibt es für jeden, der den Verwaltungsapparat kennt, leicht eine Antwort. Der Posten des Oberpräsidenten ist mehr repräsentativer Natur, während das Amt des Regierungspräsidenten ein reines Regierungsamt ist. Dort werden die praktischen Regierungsgeschäfte erledigt, dort all die Fragen zur Entscheidung gebracht, die das Wohl und Wehe der Bevölkerung betreffen. Von dort aus aber auch sind besonders Eingriffe in die Kommunalpolitik, in ihre Förderung möglich.

Und darum begrüßen wir die bevorstehende Wahl des Genossen Paul Weber (Halberstadt) zum Regierungspräsidenten. Weber hat den Befähigungsnachweis für dieses Amt schon als Oberbürgermeister von Halberstadt hundertfältig erbracht, auch als Vorsitzender des Provinzialausschusses der Provinz Sachsen.

Paul Weber ist ein alter Praktiker, der sich seine Sporen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verdient hat. Er wurde am 30. Dezember 1875 in Zeitz geboren, wurde Landbauarbeiter und kam nach Halberstadt. Dort wurde er bald anerkannter Führer der Gewerkschaftsbewegung und 1912 Parteisekretär für Döberitz-Galberstadt-Wernigerode. 1908 wurde er Stadtverordneter, und sofort nach der Revolution besoldeter Stadtrat. Nach dem Kapp-Putsch wurde er mit erdrückender Mehrheit zum Oberbürgermeister in Halberstadt gewählt. Seine Leistungen für den Aufstieg Halberstadts wurden auch von den Gegnern anerkannt. Er wird sich auch auf seinem neuen Posten bewähren.

Ministerialdirektor Dr. Falk gehört zu den Demokraten, die wirkliche Demokraten und Republikaner sind. Er gehört dem Reichsausschuß des Reichsbanners an.

Die Antwort Thüringens

Und ein neuer Brief Severings nach Weimar

Der Vornegende der thüringischen Staatsregierung gab am Schluß der Donnerstagssitzung des Thüringischen Landtags in Erwiderung auf den Brief des Reichsinnenministers vom 18. März folgende Erklärung ab, die zugleich schriftlich nach Berlin übermittelt wurde:

„Auf das Schreiben des Herrn Reichsinnenministers vom 18. März werden wir folgendes antworten. Wir wählen dabei denselben Weg, den der Minister durch vorzeitige Veröffentlichung seines Schreibens eingeschlagen hat:

Das Schreiben vom 18. März ist erst nach Veröffentlichung durch Rundfunk und Presse bei uns eingegangen. Diese Tatsache, sowie Form und Inhalt des Schreibens müssen uns außerordentlich befremden. Ein solches Vorgehen war bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich.

Zur Sache selbst bemerken wir, daß nach den von uns getroffenen Feststellungen der Bund „Adler und Falk“ keine der Reichsverfassung oder den Strafgesetzen zuwiderlaufenden Ziele verfolgt, so daß für uns oder das thüringische Ministerium des Innern kein Anlaß

vorlag oder vorliegt, gegen diesen Bund, soweit sich dessen Organisationen auf Thüringen erstrecken, vorzugehen.

Ein Beschluß des thüringischen Staatsministeriums, das Schreiben vom 27. Februar d. J. nicht zu beantworten, liegt nicht vor. Die bisher nicht erfolgte Beantwortung gilt nach unserer Ansicht dem Herrn Reichsminister des Innern nicht das Recht, alle Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einstweilen einzustellen. Wir weisen die Maßnahmen mit aller Entschiedenheit zurück. Solche Maßnahmen sind nur geeignet, die Bevölkerung des Landes Thüringen zu demütigen, das Ansehen des Landes auf das schwerste zu schädigen und ohne Grund einen Konflikt zwischen Reich und Land herbeizuführen.

Zum letzten Abzug des Schreibens vom 18. d. M. bemerken wir: Der Reichsausschuß für Polizeizwecke ist den Ländern auf Grund einer mündlichen Vereinbarung mit dem Reich von diesem zu gewähren, wenn gewisse Bedingungen für die Organisation und die Verwaltung der Polizei von den Ländern erfüllt werden. Will das Reich einem Lande diese Zuschüsse sperren, so ist es seine

Deutschnationalen auch für die Volkspartei so gut wie unmöglich ist, ihn auf die Beine zu stellen. Und so würden viele ihrer Anhänger wohl damit einverstanden sein, daß zunächst so oder so mit dem Artikel 48 registriert werden.

Daß das zu bedeuten hätte, braucht hier im einzelnen nicht näher ausgeführt zu werden. Ob die Wirtschaft oder das, was die Volkspartei darunter versteht, dabei zu einer ruhigen Entwicklung kommen könnte, wird, wie wir annehmen möchten, selbst sehr vielen Teilnehmern des Mannheimer Parteitags zweifelhaft sein.

Jetzt aber müssen sie sich entscheiden, und am Anfang der nächsten Woche werden wir wissen, wozu die Reize des Staatschiffes gehen soll. Die Sozialdemokratie ist nicht diejenige, die den Bruch will. Was sie von der Finanzreform verlangt, ist, daß die Arbeitslosenversicherung und ihre Leistungen unangefastet bleiben, daß keine Steuerentlastungsversprechungen auf Kosten der Gesundheit unserer Finanzen gemacht werden, daß der Reiz herangezogen wird, und daß man die Gefahr abwendet. Ersparnisse durch Streichungen am Sozialetat zu erzielen. Ueber manches andre ließe sich bei gutem Willen eine Verständigung er-

zielen. Lehnt man jedoch in Mannheim diesen Weg ab, so ist es die Volkspartei, die die Verantwortung trägt für die schweren innern Kämpfe, die dann mit größter Wahrscheinlichkeit ausbrechen werden.

Es wird ja in ihren Kreisen auch wieder mit dem Gedanken der Schaffung einer neuen Partei gespielt, die, wie man glaubt, aus allen bestehenden bürgerlichen Gruppen starken Zuzug erhalten könnte. Ein Name ist auch schon bereit: sie soll Staatspartei heißen. Wir glauben nicht an sie. Aber davon abgesehen ist es eine Tragikomödie, wenn die selben Leute, die kein Bedenken tragen, den Staat in die höchste Gefahr zu bringen, der Gründung einer Staatspartei das Wort reden. Wir möchten fürs erste die Hoffnung auf den Sieg der politischen Vernunft noch nicht aufgeben. Zwar ist das Verhalten der Volkspartei in Thüringen und in Sachsen nicht geeignet, uns optimistisch zu stimmen. Aber vielleicht tragen gerade die Erfahrungen die sie mit ihrem antimarxistischen Bundesschiffen Fried gemacht hat, doch dazu bei, sie von einer Politik zurückzuführen, die im Rahmen des Reiches ähnliche Zustände herbeiführen könnte, wie sie dank ihrer Aktivität jetzt in Thüringen entwickelt haben.

Aufgabe, zunächst bündige Beweise dafür zu erbringen, daß die Bedingungen durch das Land nicht erfüllt werden. Der Herr Reichsminister des Innern hat dem Lande Thüringen aber überhaupt nicht mitgeteilt, daß und wiefern diese Bedingungen dem Lande Thüringen nicht erfüllt oder verletzt worden sind. Er hat nicht einmal von seiner Befugnis gemäß Ziffer 17 der Grundzüge des Reiches für die Gewährung des Zuschusses, Auskunft zu verlangen. Gebrauch gemacht.

Denn das Schreiben des Reichsinnenministers im Zusammenhang mit Postenadvisoren stehen sollte, die am Mittwoch in großen Aufmachungen mit der Ueberschrift: „Fried sucht Hochverrat“, „Nur Reichsaufsicht als Polizeibeamte gewünscht“, „Vorbereitung zum Hochverrat“ usw. im „Vorwärts“ und in andern sozialdemokratischen Zeitungen erschienen sind, so erklären wir, daß seit Hebrernahme der Regierungsgeschäfte durch das gegenwärtige Staatsministerium kein Beamter der Landespolizei neu eingestellt worden ist. Außer den üblichen leitenden Beförderungen und außer einigen Entlassungen von Beamten, die sich durchaus im Rahmen des Normalen gehalten haben, ist überhaupt noch keine Personeneränderung bei der staatlichen Polizei vorgenommen worden. Die Einstellung und Entlassung pädagogischer Polizeibeamter ist nach der Thüringer Gemeindeordnung Selbstverwaltungssache der Städte.

Die Regierungserklärung soll im Landtag am 27. März bekräftigt werden. Die Sozialdemokratie verlangt vor allem, daß Fried bis zu den Auflagen äußern soll.

Und Severings Antwort

Berlin, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Sofort nach dem Eintreffen des Briefes der thüringischen Regierung ist er vom Reichsinnenminister Severing beantwortet worden. Severing sagt darin, daß, wenn ein Beschluß des Reichsministeriums, Severings Brief nicht zu beantworten, nicht vorliegt, das Staatsministerium von sich aus den Kaiser und Reichsverwesler Fried für seine Ausführungen gegen den Reichsinnenminister hätte zur Ordnung rufen müssen.

Severing erklärt ferner: Durch die Mitteilung Ihrer Gehörigkeit über den Fall „Abler und Gellen“, mit der mirer Auftrag vom 17. Februar in der Form nunmehr beantwortet ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wieder hergestellt. Soweit im Jahr des laufenden Staatsjahres für Thüringen noch Geldmittel in Betracht kommen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Punkte inzwischen reichlich verfügt worden ist.

Das die weitere Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeibeamte von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erklärt ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Beauftragten zur Abklärung an dieser Untersuchung nach Ziffer 17 der Grundzüge bezeichne ich den Ministerialdirektor Hensel.

Es geht schließlich der Untersuchung nicht ob selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Sachlage.

Streit „an der Spitz“

Berlin, 21. März. Die thüringische Regierung hat am Donnerstag gegen Fried einen Antrag an die Reichsregierung gestellt, der Reichsregierung den Krieg zu erklären und das Schicksal von dem durch thüringische Regierung beauftragten Thüringer Abgeordneten abzuwarten.

Der Antrag ist demnach mit dem Reichstag nicht nur dem Reichstag, sondern auch dem Reichsverwesler Fried mitgeteilt worden. Dem Reichstag ist mitgeteilt worden, daß er nun dem Reichsverwesler Fried mitgeteilt werden soll. Dem Reichsverwesler Fried ist mitgeteilt worden, daß er nun dem Reichstag mitgeteilt werden soll. Dem Reichsverwesler Fried ist mitgeteilt worden, daß er nun dem Reichstag mitgeteilt werden soll.

Der Arbeiter-Jahrbuch

Die neuen Herausgeber des thüringischen Jahrbuchs — Frau Marquardt, Schallhauer — sind nach Leipzig in ihrer ganzen literarischen Tätigkeit zurückgekehrt. Der Jahrbuch bringt darin, daß die literarische Tätigkeit und wissenschaftliche Arbeit der Arbeiter herausgegeben werden. Es will sich um literarische Werke der gleichen Bedeutung wie auf anderen Gebieten der Arbeiterbewegung handeln. Die nächsten Hefen sind bereits in der Druckerei und werden bald in den Buchhandlungen zu sehen sein.

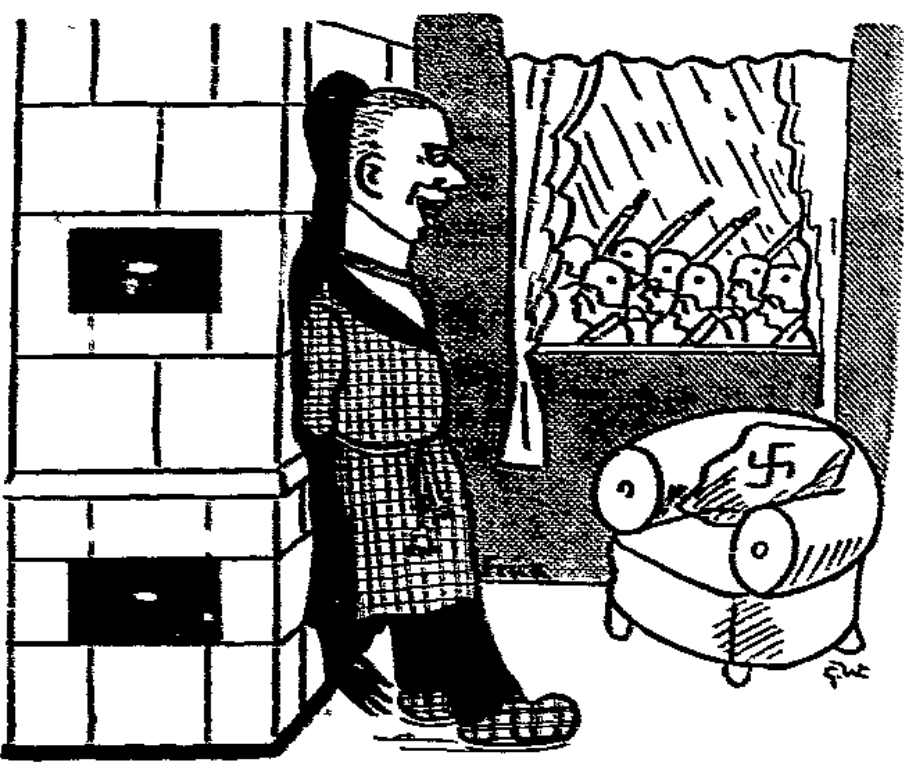
Der Jahrbuch ist ein wertvolles Werk, das die Arbeiterbewegung in Thüringen fördern wird. Die Herausgeber sind zu beglückwünschen, daß sie sich dieser Aufgabe mit so großer Energie und Eifer widmen. Der Jahrbuch wird ein wertvolles Dokument der Arbeiterbewegung sein, das die Arbeiter in Thüringen und in anderen Ländern informieren wird.

Der Jahrbuch ist ein wertvolles Werk, das die Arbeiterbewegung in Thüringen fördern wird. Die Herausgeber sind zu beglückwünschen, daß sie sich dieser Aufgabe mit so großer Energie und Eifer widmen. Der Jahrbuch wird ein wertvolles Dokument der Arbeiterbewegung sein, das die Arbeiter in Thüringen und in anderen Ländern informieren wird.

Die Herren thüringischen Staatsminister haben bei aller Spekulation auf das parlamentarisch gestimmte Spießbürgertum ihre Rechnung schon insofern verkehrt gemacht, als sie vergessen oder ihrem Volke vorenthalten haben, daß der Brief des Reichsinnenministers an das thüringische Staatsministerium die volle Zustimmung des Reichswehraministers gefunden hat und ebenso von dem Kommando der Reichswehr in allen Teilen gebilligt worden ist. Was im gegebenen Falle weiter gegen die Putzjäger in Weimar — nicht gegen das thüringische Volk — zu geschehen hat oder geschehen wird, wird in vollem Einverständnis mit der Reichswehr erfolgen.

Die thüringische Regierung, von der anzunehmen ist, daß sie schon heute ein erledigter Fall ist, hätte im eigenen Interesse besser getan, den Aufruf im Papierkorb verschwinden zu lassen. Warum so großsprecherisch, wenn man morgen bereits kapituliert und übermorgen nicht mehr ist? —

Fried, der Heimkrieger



„Ich war während des Krieges dort, wo mich mein Vaterlicher König hingestellt hat!“
Thüring. Innenminister Fried (Nat.-Soz.) in der Sitzung des Thüringer Landtags vom 19. März 1930.

Der löcherige Abgang

Der Reichsminister Fried ist zu dem Aufruf der thüringischen Heimatsarmee. Die letzten Tage des Aufmarsches werden dadurch nur noch größer. So ist nicht eine Regierung, die sich mit dem Reich einigt, sondern eine Regierung, die einen löcherigen Abgang will.

Dr. Jansen vor dem Stadtrat

Seinezeitige Verlesung mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

Selbst den Landbündlern wurde es zu arg

Der nationalsozialistische Vizepräsident des Thüringischen Landtags, Majchler, wurde am Mittwoch von den Landbündlern des Landtags, dem Landbündlermitglied und Reichstagsabgeordneten v. Thimmelfeld, nach drei Ordnungen wegen fleißigen Benehmens aus dem Saal verwiesen.

Majchler gehört der thüringischen Regierung als Staatsrat an. Sein Benehmen in der Mittwoch-Sitzung des Landtags war so rüpelhaft und gemein, daß sich der Landbündler nicht anders zu helfen mußte, als das Regierungsmitglied und Vizepräsidenten auszuschließen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es anlässlich der Beratung eines kommunistischen Antrags gegen das Republikanengesetz noch zu einem heikeln Zwischenfall. Die Kommunisten und Nationalsozialisten beschimpften sich gegenseitig als Mörderteile. Als dann ein Nationalsozialist einem sozialdemokratischen Abgeordneten vorwarf, nicht im Kriege gewesen zu sein, fiel von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf, daß der Vizepräsident Fried während des ganzen Krieges „Heimkrieg“ geführt habe. Der Putzjäger erwiderte: „Ich war während des Krieges dort, wo mich mein bayrischer König hingestellt hat!“

Diesem Zwischenruf folgte zum Entsetzen des Herrn Landtagspräsidenten minutenlanges Geplänkel im ganzen Hause.

Ein empörter Volksparteiler

Zum Thüringischen Landtag äußerte sich der Putzjäger Fried am Mittwoch in dem bei ihm üblichen Ton über „thüringische Finanz-Miswirtschaft in den letzten Jahren“. Der volksparteiliche Abgeordnete Knittel war über die Behauptung Frieds so erregt, daß er zu Finanzminister Baum wörtlich äußerte:

„Wenn die Schweinerei nicht endlich aufhört, dann ist Schluss. Ist denn der Fried noch Minister oder was ist denn überhaupt los? Das hört jetzt endlich auf, das machen wir nicht mehr weiter mit. Das ist ja gerade das, was ich nicht mehr hören will, was sich dieser Mann (gemeint ist Fried) erlaubt.“

Ob die Volkspartei in Thüringen wirklich bisher nicht gemerkt hat, daß der von ihr gestützte Putzjäger Fried für den § 51 schon seit Jahren reif ist? —

Reichsrat ändert Finanzausgleich

Schluß mit den Prämien für Reichsfeindlichkeit

Der Reichsrat nahm am Donnerstag den Gesetzesentwurf zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden mit 49 gegen 17 Stimmen an.

Im Verlauf der Verhandlungen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über einen preussischen Antrag, den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes, der eine besondere Subventionierung der sogenannten Leistungsschwachen Länder durch aus Mitteln der Einkommensteuer vorsieht, zu ändern. Bisher hat das Reich nach den alten Bestimmungen für diesen Zweck rund 40 Millionen Mark aufzuwenden, wovon Bayern der Löwenanteil — 25 Millionen Mark — erhält. Die Subventionierung ermöglichte es den in Frage kommenden Ländern auf Kosten des Reiches ihre Realsteuern niedrig zu halten und ihre sogenannte Eigenart, die zumeist in Reichsfeindlichkeit besteht, zu pflegen. Dafür erhielt z. B. Mecklenburg-Schwerin auf den Kopf des Einwohners jährlich ein Reichsgeldstück von rund neun Mark.

Der preussische Antrag, der nicht eine völlige Beseitigung des § 35, sondern nur eine Kürzung der Mehrüberweisungen vorsieht, wurde mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen. Außer dem preussischen Staatsrat nahmen Sachsen, die Hanse-Städte und sämtliche preussischen Provinzialvertreter für den Kurort Oldenburg eine sehr scharfe Erklärung gegen Preußen abzugeben. Mecklenburg-Schwerin drohte sogar mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Reichsrat noch Kenntnis von den vom Reichstag beschlossenen Gesetzen über Ministerrenten und zum Schutze der Republik, ohne dagegen Einspruch zu erheben. Ein Antrag Thüringens auf Einspruch gegen das Republikanengesetz fand nur vier Stimmen Unterstützung.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Entwurf der thüringischen Verfassung sind in der letzten Sitzung des Stadtrats in Weimar abgelehnt worden. Dr. Jansen hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und die Verlesung abgelehnt.

und nachdenkliches bietet auch ein zweiter Heiner Chablin-Film in dem Programm, dessen deutsches Lustspiel man als Knochenspiegels mit in Kauf nimmt.

Deutsche Kunstausstellung in London. Die Royal Academy in London hat den Plan gefaßt, eine große Gemaltensausstellung zu zeigen. Allerdings will man eine solche Ausstellung erst in 2 oder 3 Jahren nach einer französischen und spanischen Kunstausstellung veranstalten, nämlich wie man im Vorjahre eine unverständliche und kürzlich eine ungenügende italienische Kunstausstellung gezeigt hat. Mancherlei Eigentümlichkeiten spielen da mit hinein, die schon heute einen Hinweis angebracht erscheinen lassen. Von deutscher Seite würden die staatlichen Kunstsammlungen den Hauptteil an Kunstwerken zur Verfügung stellen. Demgegenüber besteht aber keine englische Gegenleistung, da bisher das englische Parlament noch nicht die Zustimmung dazu gegeben hat, daß die National Gallery und andre staatliche Sammlungen Bildwerke zu diesem Zwecke verleihen können. Da gerade in England sich sehr wichtige Gemälde alter deutscher Meister befinden, wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn ein verlässlicherer Beschluß diese Verleihen aufheben würde.

— Zweifelloch würde eine solche Ausstellung, wenn sie unter dem Gesichtspunkte besser Qualität durchgeführt würde, eine ungemein wertvolle kulturpolitische Propaganda bedeuten. Im allgemeinen mag man sagen, daß von deutscher Seite sehr viele Veranlassungen in die Wege geleitet wurden, die man in andern Ländern immer als ein kulturpolitisches Vordringen empfand, auch wenn die Auswahl nicht immer ganz einwandfrei war. In diesem Falle jedoch liegt eine offizielle Einladung vor, die eine ungegenossenschaftliche Gelegenheit bieten sollte, ernsthaft und bewertend den Blick des Auslandes in der kunstgeschichtlichen Welt zu zeigen. Nachschärflich wird gerade in London eine solche Ausstellung viel mehr kulturpolitische Aufklärungsarbeit leisten, als wenn sie nur durch ein Ausland allzu eilig zusammengewürfelte deutsche Kunstausstellungen gezeigt werden.

Johanna Seubergers, des „Schwanen“-Komponisten, hat eine neue Oper, „Die geliebte Stimme“, Text von Robert Michel, in der vom Generalintendant Brandenstein für das Nationaltheater München zur allseitigen Aufführung erworben worden. Die Oper wird unter Leitung von Hans Knappertsbusch im Oktober dieses Jahres in München herauskommen.

Reinhold in Amerika. Die amerikanische Auflage des Buches „Im Westen nichts Neues“ von Remarque hat die Verkaufszahlen erreicht, ohne daß sich bisher ein Amerikaner des Interesses bemerkt hat. Das Postum Verlagsamt für die amerikanische Ausgabe stellt fest, daß das einzige in der amerikanischen Literatur von Remarque (Kriegsroman) herausgegebene Buch des Autors für die nächsten 2 Jahre durch Formveränderungen geschützt ist.

Kleine Chronik

Hochwasser der Mosel

Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage im oberem Rheingebiet, führt die Mosel Hochwasser. Sie ist bereits an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten.

Auch aus dem Nahgebiet wird Hochwasser gemeldet. Bei Bingen sind z. B. die Eisenbahnstrecken überschwemmt.

Ferner ist die Saar stark angeschwollen und hat bei Merzig zahlreiche Wiesen und Felder unter Wasser gesetzt. Man befürchtet, daß das Hochwasser in die Stadt Merzig eindringen wird.

Brand im Wohnungslofenhaus

Wausen, 21. März. Am Donnerstag geriet das Dachgebäude des Wausener Wohnungslofenhauses in Brand. Das Feuer nahm trotz der energischen Löscharbeiten der Feuerwehr sofort einen außerordentlich großen Umfang an.

Die Angehörigen der in dem Haus untergebrachten 18 Familien konnten bis auf eine 67jährige Witwe gerettet werden. Die Frau kehrte trotz des ständig größer werdenden Umfangs des Feuers nochmal in ihre Wohnung zurück, um das dort hinterlassene Zeug zu holen. Später wurde sie als Leiche geborgen.

Frau Momms Diebstahle und Verleumdungen

Berlin, 20. März. Aus den bisherigen Ermittlungen gegen die Frau des Potsdamer Regierungspräsidenten Momms geht hervor, daß Frau Momms im Zusammenhang mit ihren Verleumdungen und Versicherungsbetrügereien dritte Personen beschuldigt und ins Gefängnis gebracht hat.

Als Ende des vergangenen Jahres ein größerer Posten Wägen aus der Wohnung des Regierungspräsidenten verschwand, wurde der Präsidentschaftssekretär einer Hausangestellten von Frau Momms als Dieb bezichtigt. Ein Potsdamer Schlichtergericht, der als Dieb bezichtigt wurde, ist später trotz aller Unschuldserklärungen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, die er inzwischen auch verbüßt hat. Im Laufe der kriminalpolizeilichen Untersuchung stellte sich heraus, daß auch der angeblich geklebte Posten Wägen von Frau Momms beisteigert worden ist. Der seinerzeit unschuldig verurteilte Schlichtergericht will nunmehr Nachschneiderei gegen den Justiziskus geltend machen. Seine Frau, die seinerzeit sofort entlassen wurde, beabsichtigt gegen Frau Momms eine Verleumdungssklage anzukündigen zu lassen.

Im übrigen hat die polizeiliche Untersuchung inzwischen noch ergeben, daß die Behauptungen von Frau Momms, alles Silber durch Silberhändler weiterveräußert zu haben, falsch sind. Nach den letzten Ermittlungen kommen Mitäter der Frau Momms in strafrechtlicher Hinsicht nicht mehr in Frage.

In die Charité übergeführt.

Berlin, 2. März. Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft ist die Frau des bisherigen Regierungspräsidenten Dr. Momms am Donnerstagabends in die Psychiatrische Abteilung der Berliner Charité übergeführt worden. Frau Momms wird hier auf ihren Geisteszustand untersucht werden.

Die Diebstahlsaffäre Momms. Frau Regierungspräsidentin Momms in Potsdam, die des Versicherungsbetruges überführt, vorläufig jedoch nicht vernehmungsfähig ist, hat, wie jetzt bekannt wird, für den größten Teil des Silbers, um das sie sich selbst beschuldigt, das Silbersteine gewählt, das man sich nur denken kann: sie hat es in geschützten und versiegelten Paketen bei der Regierungskassenschatze deponiert. Infolgedessen konnte das ganze „Diebstahlsgut“ beschlagnahmt werden; verkauft hat Frau Momms nichts.

Der verbrannte Nebenbuhler

In der südbulgarischen Landschaft Treischew verschwand dieser Tage der jungverheiratete Bauer Dimow. Alle Bemühungen der Polizei, den Vermissten aufzufinden, blieben ohne Erfolg.

Schließlich wurde festgestellt, daß Dimow am Abend, an dem er verschwand, in Begleitung des Jungbauern Iwanow gewesen war. Man schörfte Verdacht gegen Iwanow, der früher ein Nebenbuhler Dimows gewesen war und das Feld räumen mußte, als Dimow das gemeinlich umworbene Mädchen heiratete. Der verhaftete Iwanow hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Zusammen mit dem Feldhüter hatte Iwanow den arglosen Dimow aus dem Dorfe hinausjagt und überwältigt. In einer einsam gelegenen Bergschlucht sündeten dann die beiden Verbrecher ein Feuer an, in dem sie den Unlücklichen lebendigen Leibes verbrannten. Dann scharrten sie die verkohlte Leiche in eine Grube.

Der Feldhüter konnte zwar über die griechische Grenze flüchten, wurde aber, wie aus Athen gemeldet wird, bereits verhaftet.

Todesurteil gegen Dielingen aufgehoben

Osnabrück, 21. März. In dem Osnabrücker Mordprozess wurde am Donnerstag um Mitternacht folgendes Urteil verkündet: „Das Urteil des Schwurgerichts Osnabrück vom 14. Mai wird aufgehoben. Der Angeklagte wird wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die erlittene Unterhaftung wird auf die Strafe angerechnet und der Rest der Strafe wird durch die bisher verbüßte Haft des Angeklagten als verbüßt erachtet. Die Kosten des Verfahrens und drei Viertel der Kosten des Wiederholungsaufnahmeverfahrens werden der Staatskasse auferlegt. Der Haftbefehl wird aufgehoben.“

In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Tötungsabsicht dem Angeklagten nicht hätte nachgewiesen werden können. Es sei aber erwiesen, daß der Angeklagte ein Verhältnis mit der Emma Hoge gehabt habe.

Während der Urteilsverkündung wurden im Gerichtssaal wiederholt Bravorufe laut. Auf dem Neumarkt hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, die das Urteil stürmisch erwartete. Die Polizei sah sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wiederholt gezwungen, vom Gumminüppel Gebrauch zu machen. Als das Urteil bekannt wurde, kam es zu lebhaften Demonstrationen für den Angeklagten.

Die Furcht vor Bayern

Vom Schöffengericht Berlin-Mitte ist ein Kaufmann Hugo Dobrin wegen falscher eidesstattlicher Versicherung, Unterschlagung und Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, obgleich er selbst, durch den Mund seines Verteidigers, die Verurteilung zu einer wesentlich höhern Strafe erbat.

Der größte Wunsch, den das Gericht, das nur zur Rechtsprechung da ist, natürlich nicht erfüllen konnte, ist darauf zurück-

geflohen, wo er ein neues Leben begann und sich bald ein beträchtliches Vermögen erwarb.

In der Annahme, daß nach 17 Jahren sein Verbrechen vergessen und er nicht mehr erkannt werden würde, kehrte er in seine Heimat zurück, um seine einstige Braut zu heiraten. Er wurde jedoch erkannt und verhaftet.

Autofatale bei Berlin. Auf der von Berlin nach Frankfurt a. d. Oder führenden Chaussee stieß in der Nähe von Münderberg ein aus der Grenzmark kommender Kraftwagen mit einem Holztransportzug zusammen, überschlug sich und begrub seine 6 Insassen unter sich. Drei der Automobilisten wurden lebensgefährlich, die anderen schwer verletzt. Offenbar ist der Chauffeur des Kraftwagens betrunken gewesen.

Nach dem Genuß von Bärenschinken extrakt. Nach dem Genuß von Bärenschinken sind zahlreiche Gäste eines Restaurants in Stuttgart, desglückten der Wirt und seine Familie, an Trikinose erkrankt. Zwei Personen sind bereits gestorben. Einer der Kranken hat sich in einem Fieberanfall aus dem Fenster gehängt.

Willins zurückgeführt. Polarforscher Sir Hubert Wilkins ist von seiner Antarktis-Expedition nach Amerika zurückgeführt. Er entdeckte bei seiner Reise fünf Inseln und nahm eine neue Küstelinie von 19 000 Kilometer topographisch auf. In den Stellen, an denen es Land vermutet wurde, nahm Wilkins nur offenes Wasser wahr.

Teure „Luftige Witwe“. Die Metro-Goldwyn-Filmgesellschaft ist zur Schadenersatzzahlung von 100 000 Franken an den Prinzen Daniel von Montenegro verurteilt worden. Prinz Daniel hatte sich durch den Film „Die luftige Witwe“ ins Lächerliche gezogen gefühlt und aus diesem Grunde die Filmgesellschaft verklagt. Das prinzenfreundliche Urteil wurde von einem Pariser Gericht gefällt.

Drei Kinder bei einem Schulbrand in Amerika ums Leben gekommen. In einem in der Nähe von Tychon (Oklahoma) befindlichen Schulgebäude brach ein Brand aus, der die Schule völlig in Asche legte. Drei Kinder fanden den Tod in den Flammen. 80 konnten sich mit knapper Not retten. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt.

Gelds Elektrotod wahrscheinlich. Der wegen Ermordung einer Schauspielerin zum Tod durch den elektrischen Stuhl verurteilte deutsche Kellner Edel in Neunorf, wird voraussichtlich am 3. April hingerichtet werden, nachdem der Termin des Elektrotodes bereits dreimal und zwar jedesmal kurz vor der Hinrichtung verschoben worden ist. Der Gouverneur von Neunorf hat den Interventionenstrag von Gelds Anwalt abgelehnt. Kurz vor der Hinrichtung wird er noch einen Begnadigungsstrag entgegennehmen, aber ihm vermutlich nicht stattgeben.

Der neue Planet



Der verstorbene Astronom Percival Lowell am Fernrohr seines Observatoriums.

Der neue transneptunische Planet, dessen Entdeckung jetzt das Lowell-Observatorium im amerikanischen Staat Arizona mitteilt, war bereits vor mehreren Jahren vor dem verstorbenen Percival Lowell, dem Begründer des Observatoriums, vorherberechnet worden, ohne daß er seine theoretische Feststellung infolge der mangelnden technischen Mittel damals eindeutig beweisen konnte.

zuführten, daß der Angeklagte in Bayern bereits zu einer Zuchthausstrafe von 15 Monaten verurteilt worden ist, nun aber in Berlin die Verbüßung einer höhern Strafe „herausfragen“ wollte, damit die Strafverbüßung in Preußen erfolgen müße. Der Angeklagte fürchtete nämlich, daß er im bayerischen Zuchthaus als Berliner Jude schlecht behandelt werden würde.


Nach 17 Jahren als Mörder erkannt

Im Hafen von Neapel wurde ein 56 Jahre alter Italiener verhaftet, der seit 17 Jahren in Neunorf wohnte. Vor dieser Zeit hatte er sich in Paris an der Ermordung eines Bauern beteiligt und war dann mit falschem Paß nach den Vereinigten Staaten

RUND & FUNK

Programm der Sender Berlin und Magdeburg
Wellenlänge 418 bzw. 283 Meter.

- Sonnabend 22. März, 15.20: Jugendstunde. • 15.45: Prof. Dr. Hoffmann: Die allmähliche Bedeutung der Plättchen in Kranienhäuten • 16.05: A. Heinrich: Eshoden. • 16.30: Köpferberg: Konzert Goldmar: Duo „Salvatore“. — Musik: Serenade für Streichorchester und 2 Hörner. — Spenden: Kornweidner „Ankerknecht“ — v. Albert: Simon. Vorspiel zu „Friedland“.
- Gajounow: Poème symphonique • 18: Felix Scherret spricht über sein Buch „Der Dollar steigt“ und gibt Vorträge • 18.20: S. Krüge: Chausseegraben-Begebenheiten. Ein Raubmord erzählt. • 18.40: Französisch für Anf. • 19.10: Moderne Unterhaltung. Witze: Grete Keller (Soprano), E. Monsson (Tenor), Dinn Soeter... und Paul Sarann (auf zwei Klavieren) • 20.30: Breslau: Zu Goethes Todestag Kompositionsauftrag Nr. 7 (Uraufführung): „Donne“ Text von Goethe, Musik von Gerb Strede • 21: Helferer Wochenrückblick • Anstl.: Zeit, Wetter. • Danach: Lantmuffa



Ganz frisch und sehr gut.
Es lobnt sich, diese Zigarette zu prüfen. An Ihrem Urteil liegt uns viel.



KÖNIG

DIE HOCHINTERESSANTEN GREULING-MUNZBILDER LIEGEN WEITERHIN DEN PACKUNGEN DER 5-U-6-4-PREISLAGE BEI

Die Schlacht vor dem Vordell

Schüsse um Mitternacht in Staßfurt.

In der Nacht zum Freitag gegen 1.30 Uhr ereignete sich auf dem Wächterplatz in Staßfurt eine folgenschwere Mordtat. Angehörige des Jagdclubs, die im Logenhaus an einer Veranstaltung teilgenommen hatten, begaben sich nach einem Vordell auf dem Wächterplatz. Während ihres Vorbeigehens hörten sie auf der Straße Lärmen und Klopfen an der Tür des Hauses. Sie verließen daraufhin das Haus. Auf der Straße wurden sie von fünf Personen angefallen. Es kam zu einer Schlägerei und drei Personen schwer verletzt wurden.

Es handelt sich, wie uns mitgeteilt wird, bei den Mitgliedern des Jagdclubs um den Jäger Werner und den Jäger Albrecht aus Staßfurt, den Jäger Ried aus Beesenlaublingen und den Schuhmachermeister Körner aus Staßfurt. Diese vier wurden, als sie aus dem öffentlichen Haus traten, von den auf der Straße lärmenden fünf Leuten angegriffen. Diese waren: Kesselschmied Grundmann aus Staßfurt, Werkzeugausgeber Krause, der Arbeiter Wüßling und zwei weitere Personen. Die Angreifer rissen den aus dem Vordell Kommenden die Stöße aus den Händen. Grundmann und Wüßling schlugen auf W. mit Stöcken ein.

Werner wehrte sich, Wüßling drohte mit Erstickern. Während dieser Auseinandersetzungen wurden Ried und Körner zu Boden geschlagen. Albrecht und Werner eilten zu Hilfe. Hierbei stürzten sich wiederum zwei Mann auf Werner. Er trat einige Schritte zurück, um die Nachdrängenden abzuwehren, und gab einen Schreieschuss ab.

Es folgten aber weitere Angriffe. Körner und Ried wurden weiter mißhandelt, Werner wurde wiederum angegriffen und machte von seiner Schußwaffe Gebrauch. Dabei brachte er Krause einen Oberarmbruch bei. Im Verlauf der weiteren Schlägerei erhielt Grundmann einen schweren Bauchschuß.

Es muß bemerkt werden, daß Werner schwerverletzt und linksarmig gelähmt ist und wahrscheinlich nur seiner körperlichen Behinderung wegen von der Waffe Gebrauch machte.

Die Verletzten wurden zur Polizeiwache geschafft, wo Werner Anzeige erstattete. Der hinzugerufene Arzt Dr. Heimerich verband die Schwerverletzten und veranlaßte ihre Überführung in das Staßfurter Krankenhaus. Von der Polizei wurden ein Revolver und zwei zerlegene Gewehre beschlagnahmt.

Sittlichkeitsvergehen eines Vaters

Schwer vergangen hat sich der Schmied R. aus Stendal an seinen beiden Töchtern. Mit seiner 15jährigen Tochter verübte er Blutschande und an der 16jährigen Tochter nahm er unzüchtige Handlungen vor. R. wurde festgenommen und Freitagabend dem Amtsgerichtsgefängnis Stendal zugeführt.

Das Geständnis im Alkoholkrausch

Der auf der Domäne Westerhof bei Osterode im Darg festgenommene Dienstknecht Karl Gadamet aus Schömlitz, Kreis Cöpen, hat nach anfänglichem Leugnen ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Danach hat Gadamet im Jahre 1927 in seinem Heimatort bei einer Gastwirtin einen Einbruchsdiebstahl verübt. Als er dabei von der Frau überfaßt wurde, schlug er sie nieder, stülpte ihr einen Saß über den Kopf und schleifte sie in den Garten, wo sie am nächsten Morgen tot aufgefunden wurde. Nach der Tat raubte Gadamet sämtliches im Küchenschrank aufbewahrtes Geld und einmige Genussmittel. Der Täter bezichtigte sich ferner eines in Berlin ausgeführten Fahrerdiebstahls und noch anderer Verbrechen.

Peters im Untersuchungsgefängnis

Zu den Ermittlungen im Morballe Bauer erfahren wir, daß der Privatdetektiv Peters vom Polizeigeängnis in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden ist und auch weiter in Haft bleibt. Es ergibt sich daraus wohl, daß die Untersuchungen zu einem gewissen Abschluß gelangt sind.

Weshalb das Benzin nicht reichte

Verächtliche geheimnisvolle Vorfälle, die sich auf der Kraftpostlinie bei der Groß-Kreuz mit großer Regelmäßigkeit abspielten, haben jetzt endlich ihre Aufklärung gefunden. Die um Aufträge der Kraftpost auf dieser Strecke verkehrenden Postomnibusse liefen regelmäßig für ihre Touren am Postamt werden. Daß dieser regelmäßigen Auftrags von Benzin reichte der Kraftpost niemals zur Verurteilung der verzeichneten Strecke aus. Es ist dann oft genug vorgekommen, daß die Omnibusse auf der offenen Strecke wegen Benzinmangel liegen blieben und sich für die Nachgänger durch die mehr oder weniger großen Verzögerungen große Unannehmlichkeiten ergaben. Die Wagenführer schöpften bald Verdacht und es gelang dann auch, die Diebe zu überführen.

Ein Kohlenstaubre geplatzt

Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Postfabrik Emanuel der Braunkohlenbrüder-Industrie-A.G. in Radeberg. Durch Klappen eines Kohlenstaubrohrs wurden zwei Arbeiter verletzt. Während der eine mit leichten Brandwunden davonkam, erlitt der Arbeiter Kothke so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Entlassung in das Krankenhaus in Seuchhammer verstarb.

Selbstmord auf dem Bahnhöf. Zwischen Radeberg und Bernburg

Weniger als auf der Strecke der Holzerhalden-Planenburger Eisenbahn waren abgesehen von dem Selbstmord des Eisenbahners, der nicht mehr rechtzeitig kalten konnte, fünf gegen das Überleben, wurde zum Glück aber nur wenig beschädigt, da die Bombe nicht explodierte, sondern neben den Gleisen lag. Zwei Personen kamen nicht zu Schaden.

Schwebbahn auf der Halbtage. Mit der Frage des Schwebbahnbaues hat sich nunmehr auch der Zweigverein Friedrichsbrunn des Verkehrs befaßt. In der letzten Generalversammlung kam fast einstimmig zum Ausdruck, daß sich der Vorstand zu einer beherrschenden Stellungnahme entscheiden soll. Es wurde unter anderem geltend gemacht, daß gerade die Halbtage vom Friedrichsbrunn aus von Spaziergängern nur unzureichend zu erreichen ist und daß die durch den Bahnbau direkt erschlossen würde. Damit würde die alte Kuchelsteine und Gluckburg mit ihrem 400

Seit mehreren Jahren verkehrt zwischen Magdeburg und Domersleben ein Kraftomnibus der Reichspost. Im vergangenen Sommer wurde die Linie bis nach Groß-Rodensleben verlängert. Kurz vorher wurde am Ostende von Domersleben von der Reichspost für den Kraftomnibus eine Garage errichtet, weil der Wagen zur Nacht immer in Domersleben blieb. Heute steht die Garage noch vollständig unberührt, während der Omnibus seine Nachtruhe in Groß-Rodensleben hält. Man weiß, daß der Wagen von und nach Groß-Rodensleben nur sehr wenige Fahrgäste befördert, denn die Einwohner von Groß-Rodensleben gehen meistens nach dem Dörmersleber Bahnhof, ehe sie sich über Domersleben spazierenfahren lassen. Der Spaß ist auch zu teuer; er kostet immerhin 1,80 Mark. Da geht man lieber nach Dörmersleben und fährt bedeutend billiger mit der Eisenbahn nach Magdeburg.

Für Domersleben ist der Verkehr mit dem Postauto eine lobenswerte Einrichtung, muß man doch sonst, wenn man nach Magdeburg fahren will, zu Fuß nach Wanzleben oder über Klein-Rodensleben nach Wella gehen. Für die Einwohner von Domersleben ist an der Verbindung wohl kaum etwas in bezug auf Abfahrts- und Ankunftszeiten auszuwenden. Man fährt von Domersleben an Wochentagen morgens 8.15 Uhr und mittags 14.15 Uhr ab. Von Magdeburg kann man mittags 12.15 Uhr und abends 19.15 Uhr wieder zurückfahren. Sonn- und feiertags fährt das Postauto schon 9.30 Uhr von Magdeburg nach Domersleben und 13.15 Uhr von Domersleben nach Magdeburg. Außerdem kann man sonn- und feiertags abends noch um 20.35 Uhr nach Magdeburg fahren und um 23.30 Uhr von Magdeburg nach Domersleben zurückfahren.

Bedeutend schlechter sieht die Sache für den Geschäftsreisenden aus, der seine Kundschaft in Domersleben besuchen will und auf den Luxus eines eignen Autos verzichten muß. Will er die Kraftpost benutzen, so kann er erst 12.15 Uhr mittags von Magdeburg abfahren. Der Reisende kommt dann 13 Uhr in Domersleben an und müßt 14.15 Uhr schon wieder zurückfahren, so daß ihm genau 75 Minuten zur Arbeit blieben. In dieser Zeit ist natürlich nicht viel zu schaffen. Daher ist der Reisende gezwungen, gegen Abend nach Wanzleben oder Wella zu gehen und von dort die Eisenbahn zu benutzen.

Wenn die Post nun die Linie Magdeburg-Groß-Rodensleben erweitern und zu einer Ringlinie ausbauen würde, wäre allen Teilen geholfen. Es müßten dann allerdings immer zwei Wagen zu gleicher Zeit von Magdeburg abfahren. Der erste Wagen könnte fahren Magdeburg, Klein-Dörmersleben, Hohenrodensleben, Domersleben, Wanzleben, Reinersleben, Bergen, Groß-Rodensleben, Klein-Rodensleben, Niederrödelleben, Dörmersleben, Magdeburg, während der zweite Wagen in umgekehrter Richtung, also Magdeburg, Dörmersleben, Niederrödelleben, Klein-Rodensleben, Groß-Rodensleben, Bergen, Reinersleben, Wanzleben, Domersleben, Hohenrodensleben, Klein-Dörmersleben, Magdeburg fahren müßte. Somit wäre wohl allen Beteiligten am besten geholfen, und die Omnibusse kämen abends immer wieder nach Magdeburg zurück, und die Reichspost würde die Übernachtungsgelder für die Wagenführer sparen.

Doch das größte Uebel ist für die Domersleber der Fahrpreis.

Preis. Muß man doch für eine Fahrt von Domersleben nach Magdeburg die Kleinheit von 1,50 Mark bezahlen. Die Reichspost bezeichnet die Entfernung Domersleben-Magdeburg mit gerechnet einen Durchschnittspreis von 7,85 Pf. für einen Kilometer genau 10 Pf. Ueber diesen Preis hört man immer wieder Klagen von einheimischen und fremden Fahrgästen, denn die Reichspost unterhält im Bezirk der Oberpostdirektion Magdeburg einige Linien, bei denen sich der Preis für einen Kilometer auf 5,55 bis 7,55 Pf. stellt.

Beginnen wir bei der Strecke Magdeburg-Bernburg. Die Strecke zählt 45 Kilometer. Demnach müßte eine Fahrt von Magdeburg nach Bernburg im Verhältnis zu den Preisen auf der Strecke Magdeburg-Domersleben 4,50 Mark kosten. Die Fahrt kostet aber für die 45 Kilometer nur 2,50 Mark, so daß sich für einen Kilometer der Durchschnittspreis von 5,55 Pf. ergibt. Nicht viel teurer ist der Kilometerpreis auf der Linie Magdeburg-Biederitz. Die Fahrtriede beträgt 7 Kilometer. Im Vergleich zur Linie Magdeburg-Domersleben müßte im der Fahrpreis auf 70 Pf. stellen, wenn man einen Kilometer mit 10 Pf. berechnet. Die Fahrt Magdeburg-Biederitz kostet aber 40 Pf., mithin rechnet man einen Durchschnittspreis von 5,71 Pf. für einen Kilometer. In der Kilometerzahl kommt die Linie Magdeburg-Wölmirsdorf der Linie Magdeburg-Domersleben ziemlich nahe, wenn im Preise doch bedeutend davon abzuweichen. Die Entfernung Magdeburg-Wölmirsdorf beträgt 14 Kilometer. Wieder mit der Linie Magdeburg-Domersleben verglichen, müßte der Fahrpreis 1,40 Mark betragen. Man bezahlt aber 1,10 Mark, was umgerechnet einen Durchschnittspreis von 7,87 Pf. für einen Kilometer ergibt.

Wenn es möglich ist, obengenannte Strecken zu Preisen von 5,55 bis 7,55 Pf. zu fahren, sollte es da nicht möglich sein, den Preis auf der Linie nach Domersleben-Groß-Rodensleben etwas zu ermäßigen. Der Reichspost würde dabei wohl kaum ein Schaden entstehen, denn viele Einwohner von Domersleben, die jetzt, um zu sparen, nach Wella gehen und die Eisenbahn benutzen, würden dann mit dem Postomnibus nach Magdeburg oder wenigstens bis Klein-Rodensleben fahren. Jetzt zahlt man für eine Fahrt von Domersleben nach Klein-Dörmersleben 80 Pf. Selbstverständlich steigen viele Fahrgäste in Klein-Dörmersleben aus und gehen von dort bis zur Subenburg zu Fuß. Man hat 70 Pf., das ist ziemlich die Hälfte des Fahrpreises Domersleben-Magdeburg 1,50 Mark gefahrt.

Wenn man berechnet, daß ein Landarbeiter in der Woche nur etwa 12 Mark verdient, so ist es für ihn unmöglich, mit seiner Frau in der Arbeitszeit nach Magdeburg zu fahren, denn die Fahrhin und zurück würde für zwei Personen 6 Mark, das ist die Hälfte seines Wochenlohnes, verdrängen. Es wäre wirklich ausgetraut, den Fahrpreis herabzusetzen, und die Reichspost würde einem allgemeinen Wohlstand Rechnung tragen.

Eigentümlich mutet es an, daß man nach Magdeburg Subenburg (Endstation der Straßenbahn) 1,50 Mark bezahlen muß, während man bis zum Hauptbahnhof nur 1,50 Mark bezahlt. Auch in diesem Falle wäre eine Herabsetzung des Fahrpreises an der Wage. Vielleicht hat die Reichspost ein Einsehen!

Weiter langen Well auch den Friedrichsbrunnern und ihren Sommergästen bequem zugänglich. Die Besprechung der Bauarbeiten für 1930 wurde beschlossen, die Wandwege 46 F, 48 D und 47 C auszubessern. Weiter soll eine Reihe neuer Bänke aufgestellt werden.

Zwei Hände gefunden. Unter dieser Überschrift veröffentlichte wir eine Meldung aus Wölfen, nach der auf der Bahnstraße Wölfen-Steinfurth die abgefahrenen Hände eines Mannes gefunden wurden. Der Verheiratete ist ein 16jähriger Bauernlehrling Diezert aus Wölfen. Er wollte, sein Rad fahrend, den Bahnübergang bei Radeberg überqueren und wurde dabei vom Silgus Gumburg-Leipzig erfasst. Man fand ihn bewußtlos mit bis zum Ellbogen abgefahrenen Armen auf.

Ein Staatsamtlich gewinnt 50 000 Mark. Ein Staatsamtlich in dem Lokal von C. M. M. in Bad Nauheim, der von seinen Gewinnern ein Lotterielos der Reichsfischen Staatslotterie spielte, erhielt einen Gewinn von 50 000 Mark. Demnach erhält jeder der vier Staatsräuber, unter denen sich auch ein Staatsverordneter befindet, 10 000 Mark.

Widerlage der streitbaren Kirche

Die Fahne in Domersleben.

Nachdem die Flaggenerordnung bestimmt hatte, daß auch die Schulen an bestimmten Tagen in den Reichsfahnen zu flaggeln haben, trat der Vorsitzende des Schulausschusses in Domersleben, Kreis Wanzleben, Hauptlehrer Jentschel, präzisierend die Anordnung, daß die Reichsfahne an dem Stängel der ersten Schule — also an der Hauptfront — angebracht wird.

Das fiel dem Kirchenvorstand auf die Nerven. Was, sie wollten, wenn sie zur Kirche gingen, unter der Reichsfahne Schwarz-Rot-Gold hindurch marschieren? Das mußte auf alle Fälle verhindert werden. Falls über Kopf wurde schnell eine Kirchenfahne angeschafft — mit einemmal war Gold da — und am Stängel der Schule angebracht.

Trotzdem die Verordnung klar vorstand, daß an Schulen nur Reichsfahne und preussische Fahne anzubringen sind, nahm sich die Kirche das Recht heraus auf Anbringung der Kirchenfahne an der Schule. Sie sei unerschwinglich und sei aus Eigenmitteln der Schule. Das ist falsch, die Schule gehört nicht der Kirche.

Hauptlehrer Jentschel erhob Widerspruch. Vom Landratsamt in Wanzleben erhielt die Kirche nicht Recht, und auch bei der Regierung in Magdeburg ist die Kirche unterlegen. Denn am letzten Sonnabend waren blühend flaggelnd und strahlen von der Schule verschwunden, und der Flaggennast ist am Dorsteingang zur Kirche aufgestellt, wo er auch hingebört.

Landesheilanstalt Neuhaldensleben

Wie wir der Hausbesitzerschrift des Landesbauernvereins der Provinz Sachsen entnehmen, ist in Neuhaldensleben bereits 1929 ein offenes Haus mit 70 Betten belegt worden. Der Neubau der Landesheilanstalt ist jetzt so weit vorgeschritten, daß Anfang März 1930 der erste Bauabschnitt 422 Räume teilweise in Benutzung genommen werden konnte.

Die lang andauernde Kälte im Frühjahr 1929 und der nachfolgende etwa 3 Monate dauernde Froststurzzeit haben die Fertigstellung wesentlich verzögert. Die Bauten des zweiten Bauabschnitts wurden zwecks Ersparrung von Baukapitalien nicht, wie ursprünglich vorgesehen, bereits im Herbst 1928 in Angriff genommen, sondern der Beginn dieser Arbeiten wurde auf das Frühjahr 1930 verschoben. Die vom Provinziallandtag 1927 beschlossene 14jährige Bauzeit wird deshalb nicht überschritten.

Infolgedessen sind die im Rechnungsjahr 1929 hierzu angeforderten Mittel noch nicht verbraucht, und es ist für das Rechnungsjahr 1930 nur die Einstellung eines Betrages von 686 600 Mark notwendig geworden.

Burg. Die Trauerfeier für der verstorbenen Bürgermeisterin Frau Wiegand fand unter Beteiligung einer großen Zahl von Gästen im Saale des Schulhauses statt. In einer ergreifenden Rede nahmen die Organisatoren, denen er angehört, und die Bürgervereine von Frau Wiegand Abschied. Der gerade, aufrechte Mann aus dem Volke hat sich um aller politischen Meinungen die Zuneigung aller Anhängigen erworben. Man wird sein Wirken für seine Vaterstadt und für die Arbeiterbewegung nicht vergessen.

Einleben. Wichtig! Alle Arbeitnehmer, die einen Antrag auf Lohnsteuerzurückzahlung stellen können, werden darauf hingewiesen, daß der letzte Tag zur Einreichung der Anträge der 31. März ist. Diejenigen, die ihre Anträge bei uns noch nicht abgegeben haben, werden gebeten, dies bis zum 25. März noch zu tun. Anträge, die später zur Verarbeitung eingereicht werden können, werden nicht mehr zur Erledigung zu gelangen. Wir weisen darauf hin, daß Sonnabends keine Sprechstunden stattfinden. Am Sonntag erfolgt auch keine Rücksendung der Bescheide. Das Arbeitersekretariat Einleben, Nebenstelle von Neuhaldensleben hat die Kennnummer 28 erhalten.

Welsleben. Norderempfehlung. geht ab! Seit einigen Tagen verlassen von außerhalb kommende, nicht in der Höhe der Arbeiterbewegung heranzunehmen. Als Vorwand geben sie an, Mitglieder einer Organisation zu sein, welche die Bekämpfung aller Demonstrationen bezweckt. Der wahre Sachverhalt dieser unaufrichtigen Hausgenossen ist in Wirklichkeit ein ganz anderer, wie auch eine bereits abgehaltene Versammlung gezeigt hat. Einberufen war diese von dem kommunistischen Internationalen Bund. Der Verlauf dieser Versammlung zeigt, daß es jener Versammlung nur darauf ankommt, hier im Ort die Vertreibung der Arbeiter der Arbeiter- und Arbeitsschwerer den sie nach. Der Mitglieder der Zentralverband der Arbeitervereine und vom Reichsbund der Arbeitervereine zeigt jener Organisation die Tür, geht ihnen die richtige Antwort dadurch, daß ihr weiterhin eurer Organisation das Vertrauen entgegen bringen und schließlich neue Mitglieder werben.

Göbel. Die Uhr. Auch unser Dorf schmückt eine Uhr. Wer jetzt durch das Dorf geht oder fährt, wird an der Kirche eine Uhr sehen, nach der man sich richten kann. Es ist damit gleichzeitige Gelegenheit gegeben, über unsere Zeit nachzudenken. Die Uhr zeigt uns die Stunden an, schlägt halb und voll. Die Zeit kommt und geht. Uns Arbeitern ist es nicht vergönnt, uns fre nach der Uhr zu richten, da wir nach unserer Fabrikarbeit noch die Landarbeit ausführen müssen.

Stendal. Erhöhte Sparumlagen der Altmark. Der Sparumlagenbehalt erhöhte sich von 11 400 000 Mark auf 3 000 000 Mark auf 14 500 000 Mark. Die Fülle des Realcredits ist die bevorzugte Aufgabe der Sparkasse geblieben. Ein erheblicher Teil des Sparumlagenwachses ist in Form von Hypotheken beheimateten Wirtschaft, insbesondere dem Wohnungsbau zugeführt worden. Die Neubautätigkeit wurde außerdem unterstützt durch Generierung von Hausinschuldenshypotheken. Mehr als die Hälfte des gesamten Sparumlagenbestandes ist in Form von Hypotheken ausgeliehen.

Widerleben. Generalversammlung der Bauernvereinsvereine. Die Bauernvereinsvereine sind nunmehr in den Geschäftsjahr. Im Verlauf der Generalversammlung kam auf zum Ausdruck, was in dieser Zeit mit unermüdlichem Eifer geleistet worden ist. In der Nachkriegszeit ist die Wohnungsbau durch die Gesellschaft in Widerleben nehmlich mit geänder werden. 57 neue Wohnungen sind geschaffen worden. Die Geldknappheit ermöglicht es leider nicht in Zukunft in gewünschtem Tempo weiterzubauen zu können. Im Jahre 1930 sollen noch sechs Wohnungen errichtet werden.

.... auch an Konservengemüse MAGGI Würze
Schon wenige Tropfen genügen

Niederleben. Die Bürgerlichen nehmen Anleihen auf. Seit dem 10. März 1930 ist die Gleichstromlieferung eingeleitet. Damit haben auch die Arbeiter für die Stromerzeugung, die 1927 begannen, ihr Ende erreicht. Der Gesamt-Aufwand für die Umwandlung des elektrischen Leistungsnetzes von Gleichstrom in Drehstrom beträgt 2.500.000 Reichsmark. In langfristigen Anleihenmitteln sind dem Licht- und Wasserverwerk jetzt 2.235.000 Reichsmark zur Verfügung gestellt. Der Restbetrag von 265.000 Reichsmark soll auf Anleihe übernommen werden. Die Verbindungen mit der Mitteldeutschen Landesbank in Magdeburg, zur Umgestaltung eines langfristigen Darlehens von 200.000 Reichsmark aus dem Jahr 1928, das am 30. September fällig ist, in ein langfristiges Darlehen, waren von Erfolg.

Wie wird das Wetter am Sonnabend?



Der Tag zu Tag wärmer.

Der Wetterbericht ist für die kommenden Tage geschlossen. Die mit dem veränderten Wetter verbundenen Veränderungen der Luftdruckverhältnisse sind nicht vorhersehbar. Die Luftdruckverhältnisse sind nicht vorhersehbar. Die Luftdruckverhältnisse sind nicht vorhersehbar.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Rottenburg. Sonnabend, den 2. März, 20 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schmitt. Wir erwarten das Erscheinen aller Kameraden. — **Abteilung Rottenburg.** Sonnabend, den 2. März, 20 Uhr, bei Stiller. — **Abteilung Rottenburg.** Sonntag, den 3. März, 10 Uhr, bei Stiller. — **Abteilung Rottenburg.** Sonntag, den 3. März, 10 Uhr, bei Stiller. — **Abteilung Rottenburg.** Sonntag, den 3. März, 10 Uhr, bei Stiller.

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft. Freigeistige Arbeitsgemeinschaft. Freigeistige Arbeitsgemeinschaft.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Magdeburg. Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Magdeburg. Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Magdeburg.

Abteilung Rottenburg! Die Kameraden für die Redaktionen zum Sonntag, den 2. März, 10 Uhr, bei Stiller. Die Kameraden für die Redaktionen zum Sonntag, den 2. März, 10 Uhr, bei Stiller. Die Kameraden für die Redaktionen zum Sonntag, den 2. März, 10 Uhr, bei Stiller.

Neue Reuehadt. Am Sonnabend 20 Uhr Funktionärsführung in Rinderfreundeheim. Neue Reuehadt. Am Sonnabend 20 Uhr Funktionärsführung in Rinderfreundeheim.

Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend.

Rinderfreunde Groß-Magdeburg. Rinderfreunde Groß-Magdeburg. Rinderfreunde Groß-Magdeburg. Rinderfreunde Groß-Magdeburg.

Neue Reuehadt. Neue Reuehadt. Neue Reuehadt. Neue Reuehadt. Neue Reuehadt.

Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Gewerkschaftsjugend.

Wasserstände. Wasserstände. Wasserstände. Wasserstände. Wasserstände.

Ort	Wasserstand	Veränderung
Elbe	21.3	+ 0.40
Weser	21.3	+ 0.40
Werra	21.3	+ 0.40
Harz	21.3	+ 0.40
Elbe	21.3	+ 0.40
Weser	21.3	+ 0.40
Werra	21.3	+ 0.40
Harz	21.3	+ 0.40

RICHARD TAUBER kommt in seinem ersten Tonfilm

Zum Tag des Buches

Eine Auswahl aus dem neuesten Schrifttum

Politik und Sozialismus

Das billige Buch
 Politik und Sozialismus. Das billige Buch. Politik und Sozialismus. Das billige Buch. Politik und Sozialismus. Das billige Buch.

Bauern und Schonen

Das billige Buch
 Bauern und Schonen. Das billige Buch. Bauern und Schonen. Das billige Buch. Bauern und Schonen. Das billige Buch.

ZENTRAL

Theater
 Direktor Viktor Eckert
 Heute Sonnabend 4 Uhr
Große Volksvorstellung
Lehrs
Das Land des Lächelns
 Preise von RM. 0.50 bis RM. 2.00

VARIETE

Zentral - Theater - Restaurant
8 Attraktionen 8
 8 Attraktionen 8. Zentral - Theater - Restaurant. 8 Attraktionen 8.

Stadttheater

Tiefeland
 Oper von Eugen d'Aubert.
Ganze Bibliotheken
 Ganzes Bibliotheken. Stadttheater. Tiefeland.

NEUSTÄDTER

LICHTSPIELE
 Freitag bis Montag
Die wunderbare Lüge der Nina Jepsowa
 (Des Fährhais große Liebe) 9 Akte
 Hauptrolle: **Brigitte Helm**
Eheferien
 Lustspiel mit Lillian Harvey, Harry Halm

Hotel Stadt Bremen

Größer Preisverkauf
 Hotel Stadt Bremen. Größer Preisverkauf. Hotel Stadt Bremen.

Anzüge, Mäntel

J. Bäcker
 Anzüge, Mäntel. J. Bäcker. Anzüge, Mäntel.

Grammophone und Platten

Radio
 Grammophone und Platten. Radio. Grammophone und Platten.

TerrazzoFußboden

August Nahrstedt
 TerrazzoFußboden. August Nahrstedt. TerrazzoFußboden.

Margaretenstraße 6a

Feinste Fleisch- und Wurstwaren
 Margaretenstraße 6a. Feinste Fleisch- und Wurstwaren.

KARL REGENER

Buddenbrooks
 Karl Regener. Buddenbrooks. Karl Regener.

UT

Die Herrin und ihr Knecht
 UT. Die Herrin und ihr Knecht. UT.

Henny Porten

Ein Negerfest auf Hawaii
 Henny Porten. Ein Negerfest auf Hawaii. Henny Porten.

Preiswert und gut für jedermann

Preiswert und gut für jedermann. Preiswert und gut für jedermann.

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg - Niederleben - Eitel
 Buchhandlung Volksstimme. Magdeburg - Niederleben - Eitel.

Konditorei-Café Brandt

Jetzt mit Adolf-Mittag-See
 Konditorei-Café Brandt. Jetzt mit Adolf-Mittag-See.

Der Osthilfe zugestimmt

Amlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett trat am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zur Erledigung einer größeren Anzahl laufender Angelegenheiten in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammen.

In erster Linie kamen die Anregungen, die der Reichspräsident in seinem Schreiben an die Reichsregierung für den Osten Deutschlands gemacht hat, zu eingehender Erörterung. In diesem Zusammenhang hatte der Reichsminister des Innern vor kurzem dem Kabinett einen im Einvernehmen mit den beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts ausgearbeiteten Plan einer Reichs- und Staatshilfe für die bedrängten Ostgebiete vorgelegt, der in der Donnerstagssitzung die grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung gefunden hat. Mit der Ausführung dieses Plans, der an sich für 10 Jahre vorgezogen ist, soll im bevorstehenden Haushaltsjahr 1930 mit den im Haushaltsplan vorgezogenen 22 Millionen Mark begonnen werden.

Sodann berichtete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die in den letzten Tagen zustandekommenen gemeinsamen agrarpolitischen Anträge der Regierungsparteien, die vom kommenden Montag ab ihre parlamentarische Erledigung beschleunigt sind in folgen. —

Die Hilfe

Berlin, 21. März. Die von der Reichsregierung für notwendig gehaltenen und am Donnerstag auf Vorschlag des sozialdemokratischen Reichsinnenministers beschlossenen Maßnahmen zur Unterstützung der Ostprovinzen laufen zunächst auf einen Ausbau der Chausseen und des Eisenbahnnetzes, einer Erweiterung der bestehenden Schuleinrichtungen und auf wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Rentabilität der östlichen Landwirtschaft hinaus. Im einzelnen ist beabsichtigt, durch den Bau von Schulen, Jugendheimen, die Einrichtung von Kindergärten usw., den kulturellen Unterbau in Ostpreußen und der Grenzmark Polen-Westpreußen zu erweitern. Auch von allen übrigen Maßnahmen soll nicht nur Ostpreußen, sondern zugleich die Grenzmark Polen-Westpreußen betroffen werden.

Im einzelnen ist der Bau von neun Eisenbahnlinien in Ostpreußen und der Grenzmark vorgesehen. Der Reichsbahn werden zu diesem Zweck durch ein Sondergesetz entsprechende Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Gedacht ist vor allem an die Errichtung neuer Nebenbahnen wie an den Ausbau der durch die Grenzmark verlaufenden Eisenbahnlinien. In wirtschaftlicher Hinsicht ist an verhältnismäßig starke Frachtermäßigungen gedacht, um den Absatz landwirtschaftlicher Produkte nach den übrigen Reichsteilen zu erleichtern. An eine weitere Erziehungssubvention zur Erhaltung häuslicher Betriebe, Restitutionsleistungen und an eine allgemeine Produktionsförderung, die sich nicht auf die Landwirtschaft allein beschränken soll, ist ebenfalls gedacht.

Allen mit dem Ausbau der Verkehrswege wird die Reichsregierung auf dem Gebiete des Chausseebaus im Rahmen des Zehnjahrsprogramms 75 Millionen Mark zur Verfügung stellen. —

Woher kommen die Bombenwerfer?

Der Verteidiger der Bombenattentäter des Vorjahres, Dr. Rütgebrunn, erklärt in einer Zuschrift an die Presse, daß die Täter der neuen Anschläge schon am deswillen nicht in den Reihen der jetzt nach Mlona verwiesenen Angekludigten der Holsteiner Landvolkbewegung gesucht werden können, weil diese Taten den Interessen der angeschuldigten Landvolkangehörigen friste zumiderlaufen. Zeit und Zwed der neuen Anschläge widersprechen durchaus der Annahme, daß die Täter dem holsteinischen Landvolk angehören.

Demgegenüber betonte der Hofbesitzer Bid jun., der wegen der früheren Bombenattentate schon einmal festgenommen war, in einer Landvolkversammlung, daß die Bombenanschläge ein „Warnungssignal in letzter Stunde“ sein sollten, ausgeführt von guten Patrioten, die sich gegen die Zerstörung der Scholle wehren wollten. Der Landvolkfürher Rühmann bezeichnete die Bombenanschläge als einen Protest gegen das Futterkrüppelsystem und Schiebertum.

Was sagt Herr Rütgebrunn nun?

Der Präsident des Landesfinanzamts Schleswig-Holstein hat für die Aufklärung der Bombenanschläge in Oldesloe und Remmünster ebenfalls eine Belohnung von zusammen 5000 Mark ausgesetzt. —

Kritik am sächsischen Etat

Der sächsische Landtag trat am Mittwoch in die Beratung des Staatshaushalts ein, trotzdem das Kabinett Minger nur die Geschäfte führt und zu politischen Erklärungen oder Entscheidungen nicht berechtigt ist.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel übte an dem vom dem wirtschaftsparteilichen Finanzminister Weber vorgelegten balancierten Etat scharfste Kritik. Er hob hervor, daß auch die Sozialdemokratie die Ausbalancierung des Etats wünsche, daß dieses Ziel aber nicht erreicht werden dürfe durch die von Weber geforderte Einschränkung von Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Edel wies insbesondere darauf hin, daß in Sachsen die Einnahmen aus der Gewerbe- und Grundsteuer wesentlich niedriger seien als in anderen Teilen Deutschlands, so daß hier noch mehr Einnahmen für Staat und Gemeinden erschlossen werden könnten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete und Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Blüher, trat der Kritik des Sozialdemokraten Edel nicht entgegen, sondern übte an dem von seinem Koalitionsgenossen Weber vorgelegten Etat ebenfalls scharfste Kritik. Je mehr — je sagte er — man sich mit dem Etat befaßt, um so bedenklicher sehe er aus. Insbesondere tadelte er, daß ein erheblicher Teil der Einsparungen auf Kosten der Bezirksverbände und Gemeinden erfolgen sollte. —

Sühne für Hartmannsdorf

Chemnitz, 21. März. Das Gemeinsame Schöffengericht verurteilte am Donnerstagsabend wegen der Hartmannsdorfer Unruhen, bei denen fünf Arbeiter getötet und zwanzig verletzt worden waren, die Hauptangeklagten, die kommunistische Stadtverordnete Frau Knob, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagte wurde des Landfriedensbruchs, des Aufrufes, der fortgesetzten Beleidigung und der Hädelshäuferschaft für schuldig befunden. Vier Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen zwischen 3 Monaten und 3 Wochen verurteilt. Ein jüngerer Angeklagter erhielt wegen Beleidigung 50 Mark Geldstrafe. Die Verurteilung der anderen erfolgte wegen Landfriedensbruchs bzw. Aufrufes und Beleidigung.

Das Gericht lehnte es ab, Bewährungsfrist zu erteilen. Die Hauptangeklagte Frau Knob wurde jedoch auf Antrag der Verteidigung vorübergehend aus der Haft entlassen. Ihr wird die Untersuchungshaft angerechnet. —

Geht auch Stalin über Bord?

In Rußland scheinen sich zurzeit hinter den Kulissen wieder einmal Vorgänge abzuspielen, die auf den Sturz Stalins hinauslaufen, ohne daß man darüber zunächst klar sehen würde. In den letzten Tagen sind in der ausländischen Presse immer und immer wieder Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Stalins verbreitet worden. Dazu hat inzwischen die amtliche Nachrichtenagentur der Sowjetunion in einer sehr merkwürdigen Erklärung Stellung genommen, die schon wegen ihres Inhalts wörtlich wiedergegeben zu werden verdient. Sie lautet:

Die amtlichen Stellen der Sowjetunion erklären, daß die Gerüchte über einen Rücktritt Stalins vom Posten des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht den Tatsachen entsprechen. Ein Rücktritt Stalins könne nur mit dem Einverständnis des Parteitag erfolgen, der am 15. Mai in Moskau stattfindet. Auch die Nachricht, daß Stalin gezwungen sei, sein Amt niederzulegen, ist nach den amtlichen russischen Stellen eine böswillige Erfindung.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: „Wenn überhaupt etwas geeignet ist, den Verdacht zu erwecken, daß mit Stalin etwas Los ist, so ist das dieses amtliche Moskauer Dementi. Die Sprache dieses Dementis ist auffallend gemäßig und vorsichtig im Vergleich zu sonstigen Moskauer Ablegungen.“

Und vor allem, was soll überhaupt die Erwähnung des kommunistischen Parteitags, der allein über einen Rücktritt Stalins entscheiden könnte, bedeuten? Liegt endlich nicht das Schwergewicht des letzten Satzes etwa auf dem Wort „gezwungen“?

Aus alledem wäre eher zu schließen, daß in Moskau die Frage eines mehr oder minder freiwilligen Rücktritts Stalins überhaupt diskutiert wird, was freilich nach dem panikartigen Rückzug von dem bisherigen Stalin-Kurs kein Wunder wäre. —

Moskau mit Thälmann unzufrieden

Klagen über Mitgliederschwund. — Kurswechsel gefordert.

Ein EKKi-Brief (Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale) an die Kommunistische Partei Deutschlands, der von der kommunistischen Presse bisher ihren Lesern vorenthalten worden ist, wird in der neuesten „Kommunistischen Internationale“ veröffentlicht. Der Brief beschäftigt sich mit dem Antrag der KPD, und anderer kommunistischer Sektionen auf eine sogenannte personelle Reinigung der Partei. Man erzählt aus ihm, daß die Thälmann-Neumann beim Exekutivkomitee vorgeschlagen haben, eine Kontrolle der KPD, und einzelner Parteimitglieder mit Hilfe „besonderer Kommissionen“ durchzuführen. Für diese Kontrolle sollten besondere Fragebogen hergestell werden, in denen die der Kontrolle unterworfenen Parteimitglieder über ihre Zeiteinteilung Rechenschaft ablegen sollten.

Dieser Vorschlag der deutschen Kommunisten-Zentrale hat das politische Sekretariat des Exekutiv-Komitees als ungewünscht abgelehnt, weil eine solche Kontrolle eine mechanische Uebertragung der in Rußland geübten Praxis sei. Bei einer fragebogenmäßigen Prüfung läme überhaupt nichts heraus. Die Freunde warmer Parlamentaristik und die vertriebenen Sozialdemokraten in den eignen Reihen seien nur durch unmittelbare Kämpfe zu entlarven und unschädlich zu machen. Es wäre durchaus unrichtig, anzunehmen, daß rechte Elemente nur unter den leitenden Funktionären der kommunistischen Partei wären.

In den kommunistischen Parteien, vor allem der Tschechei, aber auch in Deutschland und Frankreich, können sich während der letzten Aktionen viele Betriebszellen bemerkbar gemacht,

die die Durchführung der Beschlüsse der Exekutive aktiv verhindern und auch subjektiv geholfen hätten, den Streik zu sprengen. Eine häufigere Massenentscheidung des Opportunismus in der Praxis der kommunistischen Partei sei die Passivität der Parteimitglieder. An dieser Krankheit litten alle Sektionen der Dritten Internationale außerhalb Rußlands in bedrohlichem Maße. Besonders schlimm sei es in der Tschechoslowakei, wo die Besucherzahl einzelner Betriebszellen 10 Prozent nicht übersteige.

Die Entwicklung der kommunistischen Parteien weise gegenwärtig folgende Erscheinung auf: Es findet kein zahlenmäßiges Wachstum der kommunistischen Parteien statt und in einer Reihe von Sektionen, so in England und in der Tschechei, vollzieht sich ein ununterbrochenes Sinken der Mitgliederzahl. An die Stelle der Ausgeschlossenen oder der die Partei verlassenden Opportunisten kommt kein Zustrom frischer revolutionärer Elemente.

Der EKKi-Brief verlangt schließlich die Erneuerung der leitenden Ader durch frische Kräfte als Parteiführer. Sie müssen vorher den Nachweis erbracht haben, daß sie Verbindung mit den Betrieben haben und dort Massenarbeit organisieren können. —

Der Mord in Röntgenal

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III in Berlin hat in der Angelegenheit der Schießerei in Röntgenal die Voruntersuchung wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg und wegen Raufhandels gegen 18 Nationalsozialisten eröffnet.

Die Schuldigen befinden sich sämtlich in Haft. Sie stehen zwischen dem 17. und 24. Lebensjahr. —

Selbst im Hamburger Hafen abgewirtschaftet

Die Kommunisten haben bei den Wahlen zu den Gewerkschaftsfunktionen und zu den Betriebsräten für den Hamburger Hafenbetrieb eine schwere Niederlage erlitten. In einigen Hafenarbeitergruppen, in denen sie bisher einen gewissen Anhang besaßen, haben sie nunmehr völlig ausgespielt. So wurden bei den Werftarbeitern und Schauerleuten, den Schiffscingern, den Speicherarbeitern, den Kohlenbunkerleuten, den Rararbeitern und den Lagerhausarbeitern nur Kandidaten der Amterdamer Richtung gewählt. Es steht nur noch die Wahl kleiner Gruppen wie der Ladungskontrolleure und der Holzschlagarbeiter aus. Sie dürften für die freien Gewerkschaften ebenfalls günstig ausfallen.

Der Hamburger Hafenbetrieb, der etwa 18- bis 20 000 Arbeitern Beschäftigung bietet, wird also in Zukunft organisatorisch vollkommen von den freien Gewerkschaften erfaßt werden. —

Sehen und dann schnell verschwinden

Die Hälfte der bei den jüngsten Dresdner Unruhen verhafteten Personen sind nach den Feststellungen der Polizei Leute, die schon wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen verurteilt sind. Bekannte Kommunisten wurden auch bei den Dresdner Unruhen von der Polizei nicht gefaßt. Dieses Rätsel findet seine Lösung durch eine Mitteilung der „Dresdner Volkszeitung“, nach der sich der 28 Jahre alte kommunistische Funktionär Oskar Hennig, der zweimal zu Kurzen in Rußland weilte, wie folgt geäußert hat:

„Von unfern Leuten gerät keiner in die Hände der Polizei. Durch ein Rundschreiben der Partei ist allen Mitgliedern der KPD, befohlen, sich bei Zusammenkünften mit der Polizei sofort aus den Demonstrationen zurückzuziehen und zu verschwinden.“

Als Opfer der KPD-Taktik sind also die unorganisierten Erwerbslosen von der kommunistischen Führung auserselben. Der Presseberichterstatter Paul Kießling ist inzwischen ein Opfer der Dresdner Unruhen geworden. Er erhielt bei der Ausübung seiner Berichterstattungstätigkeit von einem Polizeibeamten im Gedränge einen Hieb mit dem Gummiknüppel. Da Kießling zuckerkrank war, ist er den Folgen dieser Verletzungen erlegen. —

Kreise in England vermieden

Die Liberalen stimmten für Macdonald

r. London, 21. März. Das Unterhaus lehnte am Donnerstag nach der Stellung der Vertrauensfrage durch die Arbeiterregierung einen konservativen Antrag zur Bergbauvorlage mit 274 gegen 229 Stimmen ab.

Lloyd George wies vor der Abstimmung darauf hin, daß die kritische Lage der Flottenkonferenz eine Regierungskrise nicht gestatte und die Liberalen deshalb nicht gegen die Regierung stimmen würden. — Die Haltung der Liberalen hat in konservativen Kreisen außerordentlich verstimmt. —

Serbröckeln der Flottenkonferenz?

r. Paris, 21. März. Nachdem Briand am Donnerstag von London nach Paris zurückgekehrt ist, werden am Freitag auch der Maximalminister Dumesnil und Kolonialminister Vietri die Flottenkonferenz verlassen. Offiziell soll ihre Abwesenheit nur über das Wochenende dauern, jedoch erklärt ein Teil der Pariser Morgenpresse von heute, daß Frankreich eigentlich mit einer kleinen technischen Beobachtungskommission in London harrt genug vertreten sei, solange sich die Verhandlungslage nicht grundlegend gebessert habe.

Wenn man den schadenstrogen Verichten des „Echo de Paris“ Glauben schenken darf, ist man im Lager der französischen Delegation vor allem gegen Macdonald erbost, der in dem Neutralitätskampf zwischen Frankreich und Italien sich nicht reiflos auf Frankreichs Seite gestellt hat. Deshalb erklärt auch der „Reit Parisien“ in plakativem Buchstaben, daß die Flottenkonferenz jetzt nur noch zum Abschluß eines Rüstungstillstandes führen könne.

Bertinaz weiß wiederum im „Echo de Paris“ von einem schweren Zusammenstoß zwischen Macdonald und Snowden zu berichten. Snowden habe im letzten Ministerrat eine Kritik über die Konferenz bis zu der Erklärung geäußert, daß, je schneller dieses verunglückte Unternehmen verlagert werde, desto besser es für den Frieden sei. „Noch eine solche Konferenz“, habe Snowden gesagt, „und wir haben einen neuen Krieg.“ —

Gandhis Kreuzzug

Der indische Freiheitsführer Gandhi hat auf seinem Karich nach dem Salajager von Jalalpur in der Landschaft Kanapur eine Rede gehalten, in der er erklärte, der gegenwärtige Karich sei die letzte Pilgerfahrt, die er in seinem Leben zu unternehmen gedenke. Dem uralten Herkommen folgend, unternehme er sie zu Fuß.

In der Nacht zum Donnerstag haben Gandhi und seine Jünger den Fluß Rabi überquert. Während Gandhi selbst von Anhängern auf den Schultern über weites und verunpflanztes Terrain getragen wurde, warteten die andern Teilnehmer des Tages die fünf Kilometer bis zum Ufer des Flußes durch kniehohes Wasser und tiefen Schlamm. Am Donnerstag feiert ein Jubiläumstag zwischen Gandhi und dem Präsidenten des allindischen Kongresses, Nehru, statt, der zur Begrüßung Gandhis

herbeigeleitet war. Nehru schritt mit Gandhi an der Spitze des Zuges bis Karai, wo Raj gemacht wurde.

Der Grad der Angstlichkeit, der gewisse britische Behörden im Augenblick erfährt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß drei von indischen Gesellschaften angenommene Filme des Rajah's Gandhis, durch die Regierung von Bombay unterjagt worden sind. —

Notizen

Die sächsische Regierungskrise. Der Vizepräsident des Sächsischen Landtags beschloß am Donnerstag, die Ministerpräsidentenwahl auf die Tagesordnung vom Dienstag zu setzen. Vorher soll ein kommunistischer Auflösungsantrag beraten werden. Er dürfte abgelehnt oder einem Ausschuß überwiesen werden. Da vorläufig eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten-Kandidaten noch nicht gefunden ist, wird die für Dienstag in Aussicht genommene Wahl ergebnislos verlaufen. —

Karl Ulrich 45 Jahre beständiger Abgeordneter. Am 21. März gehört der erste heftigste Staatspräsident Karl Ulrich dem heftigsten Landtag 45 Jahre an. Ulrich trat als 33jähriger Redakteur der sozialistischen „Offenbacher Tageszeitung“ zum erstenmal 1885 in die Zweite Heftigste Kammer ein. Außerdem ist er seit 1890 bis heute mit einer nur kurzen Unterbrechung Mitglied des Reichstags. —

Generalkrieg auf Kuba. Auf Kuba veranhalten am Donnerstag 250 000 organisierte Arbeiter einen 24 stündigen Generalstreik. Der Streik galt in erster Linie der mangelhaften Initiative der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit und ihren Bestrebungen, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Von dem Generalstreik waren lediglich die Eisenbahner und die Elektroarbeiter ausgenommen. Der Streik verlief ruhig.

Protest gegen die deutsche Zollpolitik. In der holländischen Kammer griff der katholische Abg. van Ranst die deutsche Zollpolitik heftig an, die einen Rückgang der holländischen Gutmütigkeit darstelle. Deutschland übertrete trotz des ihm gewährten Kredit von 140 Millionen Gulden das Zollabkommen mit Niederland auf jede mögliche Weise. —

Sonderfonds für die Hochwassergefährdeten in Frankreich. Die französische Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Schaffung eines Sonderfonds in Höhe von 500 Millionen Franc vorsieht. Diese Mittel sollen dazu dienen, den Wiederaufbau des Ueberflutungsgebietes zu erleichtern, indem den Geschädigten langfristige, nach 20 Jahren rückzahlbare Anleihen zur Verfügung gestellt oder Unterzählungen bewilligt werden, damit die Wiederaufnahme der Arbeit in diesem Gebiet noch im Laufe dieses Jahres gesichert wird. —



Pfarrer Heumann's Heilmittel

bewährt bei zahlreichen Krankheiten. / 189600
Dankschreiben. / Das Pfarrer Heumann-Buch
(272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat bezieht, völlig unentgeltlich und porto-
frei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg S 3
Pfarrer Heumann's Heilmittel sind ein Original-
preisen stets vorrätig in der Niederlage

Hof-Apotheke, Magdeburg, Breite-Weg 158

Werbe-Woche!

Fordern Sie unser
**Kinder-
Preis-ausschreiben**

**Hohe Leistung
Niedrige Preise**

- Jam.-Saug-Spangen- und -Pumps 4.00
- D.-R.-Coevr.-Spang.-Schuhe 5.90
- D.-Lack-Spangensch.- und -Pumps 6.80
- Damen-Opanken 7.90
- Feint. Inelle Led.-Sp.- u. -Pumps 8.75
- Widder- u. Hahn-Spangen 9.90

- Lack 12.50
- Herren-Fablieder-Schmürstiefel 7.90
- Herren-R'box-Schmürstiefel 8.80
- Herren-Haflschuhe 8.80
- Kinder-Haflschuhe 7.90
- Tennschuhe 1.25

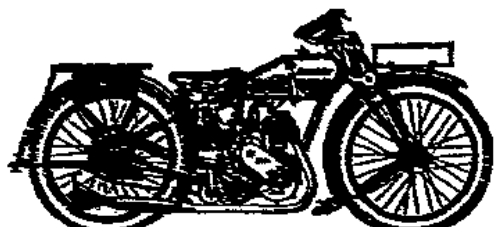


PETZON

Schuh-Etage **168 Breiter Weg 168**

Excelsior-Motorräder

Modell **1930** ein- getroffen



Original-engl. Jap-Motor, Burman-Dreiganggetriebe
Sofort lieferbar ab meinem Lager hier ohne jegliche Unkosten
Alleinvertreter:

Albert Brennecke
Magdeburg-Sudenburg, Halberstädter Str., Ecke Westendstr.
Fernsprecher 408 92

Laboratorium für
Harn-Untersuchungen
Central-Apotheke
Alte Ulrichstraße 12 — Fernspr. 25

Innigsten Dank für die herzliche Teilnahme beim Heimgange unserer Entschlafenen. Besonderen Dank dem Frauenverein der Sozialdemokratischen Partei sowie Herrn Pastor Schulz, Körbelitz.
Körbelitz, 21. März 1930.
Franz Meier nebst Kindern

Foto-Artikel
preiswert im
Geof-Foto-Klaus
Martin Könecke
Viktoriastraße 15 Kostenloser Foto-Unterricht
Ausführung sämtlicher Foto-Arbeiten
sauber, preiswert, schnell

Auf Teilzahlung

empfehle ich
bei 20% Anzahlung
Herren-, Damen-, Kinder- und Konfirmanten-Kleidung
Kammatkwaren
Hüte - Schuhe
Möbel
Speise- und Schlafzimmer
Rüchen, Dampf, Strickle
Chaiselounges, Sofas
Pinnageldecken usw.

**Sprechapparate
Schallplatten**
Margulies
Breiter Weg 82, 1
Zahlung: Bar oder auf Rechnung

Gebrauchte Motorräder

- 1 Ardie 500 ccm Modell 1928 mit 575.-
- 1 Stock 200 ccm Kardan, Führerleitvorrichtung mit 550.-
- 1 DRW 200 ccm mit elektrisch Licht, Sojus mit 450.-
- 3 Zündapp Einheitsmodell mit 395.-

Arbeitsmarkt
Einen Sohn adäquater Eltern, welcher Lust hat das
Bäcker-Handwerk zu erlernen, sucht Bäckermeister Wilhelm Eidel, Solmsleben, Hinterstraße 7

In Chaiselounges

Sofas, Sessel, Ausleger
billig, Schumann, Polster
Berliner Straße 3

Arbeitsmarkt
Einen Sohn adäquater Eltern, welcher Lust hat das
Bäcker-Handwerk zu erlernen, sucht Bäckermeister Wilhelm Eidel, Solmsleben, Hinterstraße 7

Blühlich und unerwartet verstarb meine herzengute Tochter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Ilse Luther

im 18. Lebensjahr. Sie folgte ihrem Vater nach 9 Monaten in den Tod
Magdeburg-S., den 20. März.
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Luise Luther
geb. Grundmann
Familie Rudolf Schiede.
Die Einäschungsfeier findet am Montag, dem 24. März, mittags 1 Uhr, in der Hauptkapelle des Seefriedhofs statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.

Arbeitsmarkt
Im 21. März 1930 starb unser Mitglied

Wilhelm Gädike

Schloffer, 22 Jahre alt an Unfall.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 23. März, nachmittags 4 Uhr, vom Kranerhaufe, Osterweddingen, Bahnhofstr. 37, aus statt.
Die Verwaltung.

Todesanzeige.
Nach kurzer, mit Geduld ertragener Krankheit verstarb am Mittwoch, dem 19. März, meine liebe Frau, meine liebe Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Martha Germer

geb. Krüger
im Alter von 82 Jahren.
Mit liebe Teilnahme bitten
Walter Germer nebst Tochter
und Trauer- den Hinterbliebenen.
Die Einäschungsfeier findet am Montag, dem 24. März, mittags 12 Uhr, am dem Seefriedhof statt.

Am Mittwoch, dem 19. März, verstarb unerwartet meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Oma, Tochter, Schwester, Schwägerin Tante und Schwägermutter

Luise Wiener

geb. Landtschulze
im 56. Lebensjahr.
Magdeburg-S., Ecksstr., Gollmer Straße 10.
In tiefer Trauer
Kugel Wiener nebst Kindern und Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 22. März, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Seefriedhofs aus statt.

Am 21. März früh verstarb nach allen göttlich erwarteter

Herr Direktor Arthur Bartsch

an der Folgen eines Gehirnschlag.
Durch sein unmaßgebendes Wissen und seine Erfahrungen war er uns ein treuer Mitarbeiter und uns allen nicht nur ein gerechter Vorgesetzter, sondern auch jederzeit ein verständnisvoller gütiger Berater, dem wir ein dankbares Andenken bewahren werden.
Der Vorstand und die Angestellten
der Kunden-Kredit-G. m. b. H.

Komplette Wohnungseinrichtung
zum Verkaufspreis 1. halbes Jahr
Mk. 995.-
bestehend aus:
1 Schlafzimmer komplett mit 520.-
1 Speisezimmer komplett mit 450.-
1 Küche komplett mit 125.-
F. Lorenz
Fischerstr. 17

Arbeitsmarkt
Einen Sohn adäquater Eltern, welcher Lust hat das
Bäcker-Handwerk zu erlernen, sucht Bäckermeister Wilhelm Eidel, Solmsleben, Hinterstraße 7

Arbeitsmarkt
Einen Sohn adäquater Eltern, welcher Lust hat das
Bäcker-Handwerk zu erlernen, sucht Bäckermeister Wilhelm Eidel, Solmsleben, Hinterstraße 7

Arbeitsmarkt
Einen Sohn adäquater Eltern, welcher Lust hat das
Bäcker-Handwerk zu erlernen, sucht Bäckermeister Wilhelm Eidel, Solmsleben, Hinterstraße 7

Arbeitsmarkt
Einen Sohn adäquater Eltern, welcher Lust hat das
Bäcker-Handwerk zu erlernen, sucht Bäckermeister Wilhelm Eidel, Solmsleben, Hinterstraße 7

In dem frühen Morgenstunden erlag plötzlich und unerwartet einem Gehirnschlag

Herr Arthur Bartsch

Direktor der Kunden-Kredit-G. m. b. H.
Wir trauern in ihm einen Lieben und gescheiterten Mitarbeiter, der seine reichen Kenntnisse von der Gründung an in den Dienst unserer Gesellschaft gestellt hat. Seine Arbeit war vorbildlich. Durch seine ausgeprägten Charaktereigenschaften hat er sich bei uns ein unerschütterliches Andenken gesichert.
Magdeburg, den 20. März 1930.
Der Aufsichtsrat der Kunden-Kredit-G. m. b. H.
Rambold.

Möbel

Niedrig die Anzahlung!
Bequem die Abzahlung!
Konkurrenzlos billig
Konfirmanten-
Bekleidung

Ständiger Eingang von
Kleiderstoffen, Seidenstoffen,
Baumwollwaren, Wäsche
Strickwaren usw.
Große Auswahl Schuhwaren
Hegenschirme, Linoleum usw.
Besichtigen Sie unser Lager

Infinitas Rortfeld

Breiter Weg 128/2, 1 Trapp
Angezahlte Konten und Bauspar
ohne Anzahlung!

Radfahrer

einmalig günstig
zum 1. März
Schulze, Barthelme

Singe Erste Inszen

in
**Frühmanns
Etagen-Geschäft**
Breiter Weg 82, am 1. Trapp
Sie dürfen Ihnen anbieten
frisch gebackene, feinste
Konditoreiwaren sowie
Kuchen, Torten, Pasten
und vieles mehr.
Am 1. Trapp!

Beyers Kinderwagenhaus
das Haus der Riesenauswahl
und der billigen Preise!
Alter Markt 13

Jeder Möbelfant

- Speisezimmer**
mit Tisch und Stühlen
200.- 250.- 300.- 350.-
400.- 450.- 500.- 550.-
- Schlafzimmer**
mit Tisch und Stühlen
150.- 200.- 250.- 300.-
350.- 400.- 450.- 500.-
- Bereitschmecke**
mit Tisch, Stühlen
100.- 150.- 200.- 250.-
300.- 350.- 400.- 450.-
- Rüchen**
mit Tisch, Stühlen
100.- 150.- 200.- 250.-
300.- 350.- 400.- 450.-

Jürgens & Co.

Stroßengasse 1/2
Wiedergewinn, Übergang, Übergang,
Schulze, Barthelme

**Jalousien -
Rolläden**
Neuherstellung u. Reparaturen
Herrn G. Lehmann
K.L. Schulze, Barthelme, 22
Fischerstr. Nr. 22/23.

Frühjahrs-Bekleidungen

Reinwollstoffe, Wollstoffe usw.,
Kammatkwaren, gelb, rot und gold
Carl Siebert, Karstr. 4
Ecke Wendenburger - Straße, h. Feuerwache

ES KREISEN DIE RÄDER

Die Triebäder von Angebot und Nachfrage müssen stets im Schwung gehalten werden. Wer nicht andern das Feld überlassen will, dient sich und den Kunden durch
Insertenwerbung!!

Billige Schuhwaren
bei
Berthold Wolff, Steinwegstr. 13/15

Oster-Geschenke
Unserer Jugend Wunsch
ist eine gute Uhr, eine Wunsch-
Uhr, denn sie ist billig und trotzdem
wertvoll. Das einzige Geschenk,
das jedem Kind gefallen wird.
Bestellungspreis 2.000.-
Bestellungspreis 2.000.-
Bestellungspreis 2.000.-
Wolfgang Hansen
Körbelitz, 21. März 1930.

Stabsberatung im Rathaus — Wohnungsbauprogramm 1930

Die Rechte gegen die Wohlfahrtspflege — Bankrottspolitik der Rechtsfraktion — Verfassungstag und Kaisergeburtstagsfeier

Herr Meyer hat's Wort. Er hat es immer und tut es bei jeder Rede unter einem Kilometer. Jede Rede beginnt er mit dem ehrlichen Geständnis, daß er eigentlich von der Sache nichts verstehe. Aber wie kommt Herr Meyer auf den Himalaja? Soll heißen, weshalb redet er egal und immerzu für die Rechtsfraktion, die Fraktion des großen und kleinen Bürgertums in Magdeburg? Die Rechtsfraktion hat zurzeit keinen Kopf, sondern Herrn Meyer. In Ermangelung eines Besseren — der neue Fraktionschef ist offiziell noch nicht gewählt —, in Ermangelung also Herr Meyer, jagte ein Rechtsmann. Eigentlich ist aber Herr Meyer — von außen und objektiv gesehen — der gewiesene Vertreter der Rechtsfraktion. Er repräsentiert auf das Beste die totale Stillschließung und Unfähigkeit dieser Fraktion. Also weshalb soll er da nicht Führer werden?

Die Rechtsfraktion stand wie das berühmte Milchvieh vor dem neuen Lohr vor einer Nachtragsforderung des Wohlfahrtsamts. Viele Verhandlungen gehörten dazu, um den hervorragenden Vertretern dieser hervorragenden Fraktion im Haushalt begreiflich zu machen, daß die erhöhten Ausgaben aus der Wirtschaftskrise erwachsen, die feine deutchnationale Schulmeister wegreden kann, und gezielten Verpflichtungen entsprechen. Als sie nicht mehr ausweichen konnten, fand Meyer, der unübertreffliche, einen neuen Dreh: er lehnte ab — weil in einer Position die Ausgaben erheblich gesenkt worden waren. Also Querschnaden auf jeden Fall. Was wollen Sie, jagte er bei anderer Gelegenheit, wir sind Opposition und müssen...

Und weil sie müssen, aber nicht können, führen sie die verrücktesten Längen auf.

Sie sind gegen die „Pumpwirtschaft“, gegen Ansehen. Aber als ihnen begreiflich gemacht worden war, daß die Stadt den Fonds des Gaswerks zur Aufbringung der Anteile an der Gamanag in Anspruch nehmen müsse, waren sie nicht für diese sparame und solide Finanzwirtschaft, sondern für das Pumpen.

Aus dem Etat des Elektrizitätswerkes wollten sie offenbar märchenhafte Ausgabeummen herausstreichen. Nach bevor sie zum Reden und Verhandeln kamen, hat die „Magdeburgische Zeitung“ schon verkündet, daß nach dem Vorschlag der Rechten nicht weniger als 885 000 Mark auf der Ausgabebeite des Elektrizitätswerkes gestrichen worden seien. Ein glatter Schwindel und eine gewissenlose Irreführung der öffentlichen Meinung! Ein solcher Vorschlag ist von der Rechtsfraktion noch gar nicht gekommen. Sie läßt nur fortgesetzt verkünden: „Wir behalten uns vor.“

Am Etat des Gaswerks wollte die Rechtsfraktion — nach dem Artikel der „Magdeburgischen Zeitung“ — 500 000 Mark streichen. Nichts hat sie gefordert. Sie hatte gar nicht den Mut dazu, weil ihren Redner zu häufig das Zeugnis ausgesprochen wurde, daß sie von den Dingen nichts verständen.

Bei der Verhandlung über das Wohnungsbauprogramm redete sie derartig krauses Zeug, daß eine ernsthafte Entgegnung gar nicht am Platze war. Uebertroffen wurden sie allerdings in diesem Falle von den Kommunisten. Die Mesfauer wollten die Hauszinssteuer abschaffen, aber sie beantragten im selben Augenblick, daß der ganze Ertrag dieser Steuer dem Wohnungsbau zugeführt werde.

Etwa eine Stunde lang wurde um das Bürobedarfsamt gestritten. Die Rechte behauptet, das Amt sei der Anfang des sozialistischen Zukunftsstaats, mache das Gewerbe kaputt und müsse deshalb abgeschafft werden. Das Lied haben die Leute seit 10 Jahren gesungen, stets wurde ihnen nachgewiesen, daß sie die Dinge falsch sehen, falsch darstellen. Hilft nichts, sie haben nun mal im kommunalen Kleinstopfen den Anfang des Zukunftsstaats gesehen und wollen ihn zertöppern. Somit verlangen sie höchste Sparamkeit, wenn aber die Stadt rationell und sparsam wirtschaftet — was in diesem Falle nicht bestritten werden kann —, gibt's ein Fetern über die Vernichtung des freien Gewerbes.

Am übrigen wurde am Donnerstag doch mit leidlichem Tempo gearbeitet. Eine Reihe sehr wichtiger Vorlagen, einige Haushaltspläne wurden erledigt. Das konnten weder die Rechten noch ihre Nachbarn, die Kommunisten hindern. Sie bedeuten nichts, nicht einmal in der Opposition. Die Rechte ist politisch und intellektuell bankrott. Wenn sie wirklich das Magdeburger Bürgertum repräsentiert, dann steht es um diese Bevölkerungsschicht böie aus. Die Kommunisten sind kaum noch ernst zu nehmen.

Sitzungsbericht

Die Sitzung wird eröffnet mit der Bekanntgabe von Eingaben durch den Stadtvordachsen-Vorsteher. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert einen laufenden Zuschuß für die Verwaltungskosten. Der Lehrerbund wendet sich gegen den geplanten Schulabbau. Die Eingaben werden an den Magistrat bzw. an den Schulratsschick übergeben.

Genosse **Strobel** wird als unbefehleter Stadtrat eingezählt. In einer Ansprache begrüßten ihn in seinem neuen Amt Oberbürgermeister **Veit** und der Stadtvordachsen-Vorsteher **Paetz**. Genosse **Strobel** verpflichtet, auch im Magistrat seine ganze Kraft für die Interessen der Stadt einzusetzen. An Stelle des Gemeindeführers tritt als neuer Stadtvordachsen-Vorsteher **Wilmann** ein. Er wird vom Vorsteher durch **Schulz** begrüßt.

Es werden nun eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt. Der Etat für die Verwaltung wird durch **Paetz** und die Wohnungsbauverwaltung durch **Wilmann** vorgestellt. 1600 Mark werden für die Anlage bewilligt. Wegen der Legung eines Gaszweigs wird dem Bauamt befohlen, die Kommunisten und die Rechts-

fraktion Stellung. Stadtvordachsen **Wachtendorf** (Soz.) weist darauf hin, daß mit dieser Einrichtung auch Arbeit beschafft würde. Gegen Kommunisten und Rechtsparteiler werden die für die Anlage erforderlichen 10 000 Mark aus dem Ueberschüssen der Dablienschau bewilligt.

Die Personalkosten der städtischen Theater

Da der Haushaltsplan der Theater und des Orchesters für die Spielzeit 1930/31 noch nicht beraten ist, hat der Magistrat eine Teilvorlage eingebracht, in der zunächst die Summen für die Gehalte des darstellenden Personals aufgeführt sind, da wegen der Engagements darüber sofort eine Entscheidung fallen muß. Für Oper, Operette, Schauspiel, Chor und Ballett sind rund 550 000 Mark erforderlich. Im vorigen Jahr wurden 604 900 gebraucht. Die geforderten Summen wurden bewilligt.

Die Einrichtung neuer Schulräume in der Kleinen Schulstraße und in der Mittelstraße wird beschlossen. Debatte über die Aufstellung von Anstellungen im Haushaltplan der Provinzialmeisterschule, der Abschluß eines Vertrages über die Personalführung nach der Salzquelle und die Ausführung von Straßenreparaturarbeiten auf dem Grundstück Tränkeberg 52/53. (Abbruch des Regimentshauses der 26r.) für Anschaffung und Einbau eines neuen Motors für den eisernen Verkauf im Stadtheater werden 1650 Mark bewilligt.

Die Rechte und die Wohlfahrtspflege

Im Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes für 1930 sind erhebliche Veränderungen notwendig. Es ergibt sich daraus eine Mehrtragabe von 875 100 Mark, die hauptsächlich entstanden ist durch die ungünstigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die für Magdeburg eine unerwartet große Zahl von Arbeitslosen gebracht hat. Das beront Stadtvordachsen **Möber** (Soz.) in seiner Rede. Er weist darauf hin, daß alle Städte eine gewaltige Steigerung der Wohlfahrtsamtsarbeiten aufzuweisen haben. Magdeburg steht aber weit über dem Durchschnitt des Reichs. Als im Oktober vorigen Jahres die Erhöhung der Beiträge beschlossen wurde, ist bereits angekündigt, daß Nachforderungen für den Wohlfahrtsetat kommen würden. Genosse **Möber** stellt die Anfrage, wie es kommt, daß in der Kriegsbekämpfung 5000 Mark eingespart werden konnten. Er wendet sich dann gegen das Gerücht, das an unredliche Unterfertigung abgesehen sei. Der Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamtes hat festgestellt, daß in Magdeburg solche Fälle gar nicht vorkommen.

Stadtv. **Meier** (Ap.) beginnt seine Rede mit der Feststellung, daß für die Vorliegenden Hilfe selbstverständlich sei. Aber so wie es der Magistrat gemacht habe, ginge es nicht. Der Magistrat habe die Etatszahlen rein willkürlich her und her geschoben, ohne vorher die Stadtvordachsen zu fragen. Er wendet sich gegen Ersparnisse, die erzielt worden sind bei den Beiträgen für Mütter und für die private Wohlfahrtspflege. Weil der Magistrat die Stadtvordachsen weder wegen der Nachtraggaben noch wegen der Mindertraggaben gefragt habe, lehnt er für seine Fraktion die Nachbewilligung ab. Stadtv. **Frau** (Dem.) gibt die Zustimmung zu der Nachforderung. Sie betont im Gegenzug zum Stadtv. **Meier**, daß im Wohlfahrtsamt sehr gewissenhaft gearbeitet werde. Die Ausgaben seien infolge der großen Erwerbslosigkeit praxenmäßig. Der Kommunist **Lichtenst** verdonnert natürlich die ganze Magdeburger Wohlfahrtsinstitution in Grund und Boden.

Stadtv. **Grummert** (Soz.): Als Herr Meier seine Rede begann, dachte man, er habe seine ablehnende Meinung, die er im Haushaltsausschuß zum Ausdruck brachte, geändert. Aber man wurde enttäuscht. Er lehnte zwar ab, sagt aber nicht, wie er den Vorliegenden helfen will. Das gerade beim Wohlfahrtsamt geistert werden soll.

Das machen die Sozialdemokraten unter gar keinen Umständen mit. Vorkaus von Unterjüngersamptung ist gar über und da aufgedeckt werden, aber nur in je verschwindendem Maße. Daß man davon gar nicht reden sollte. Ein Beweis dafür, daß die Not in der Stadt tatsächlich sehr groß ist. Wir müssen das Reich darauf aufmerksam machen, daß es die Arbeitslosenversicherung nicht verschleiert, so wie die Herren der Rechten es wollen, denn sonst müßte in die Gemeindefassen noch mehr belastet.

Stadtv. **Dr. Köpfer** beantwortet die Anfrage des Genossen **Möber** über die Kriegsbekämpfung darin, daß die Zahl der durch die Stadt zu unterstützenden abgenommen habe, infolge Erhöhung der Arbeitsunterstützung. Gegenüber Stadtv. **Meier** betont er, daß die Nachtraggaben mit etwa 1,5 Millionen vorausgesetzt worden waren, und daß es erfreulich sei, daß dieser Betrag nicht erreicht wurde. Er verweist auf den Widerspruch in Meiers Rede, der die Nachtraggaben ablehne, sich aber auch gegen die Mindertraggaben wende. Den Kritikern, die immer von Mißbrauch der Wohlfahrtspflege sprechen, sagt er, daß sie doch endlich solche Mißbräuche nachweisen müßten.

Stadtv. **Meier** (Ap.) versucht noch einmal seinen Standpunkt zu erläutern, weil er glaubt, mißverstanden zu sein. Seine Rede wird aber mit Gelächter beantwortet. Schließlich stellt Meier fest, daß seine Fraktion die Verantwortung für das Wohlfahrtswesen von den anderen überlasse. Der Nationalsozialist **Späther** stimmt den Nachforderungen zu.

Stadtv. **Möber** (Soz.) erinnert daran, daß der Reichsausschuß des Wohlfahrtsamtes vielen Beschwerden stattgeben konnte, weil die Hilfsbedürftigen zu Unrecht abgewiesen waren. Ein Beweis, daß eine genaue Prüfung erfolgt.

Mißbräuche so gut wie ausgeschlossen

Die Ablehnung der Nachforderungen würde eine Mützung der Unterstützung bedeuten und damit eine Schädigung des Gewerbes bzw. Kleinhandels, dem ja diese Summen reißlos wieder zufließen. Aber um das sogenannte Staatsrecht geht es den Reichsausschuß, sondern um den Abbau der Wohlfahrtspflege. Die Herren sollten doch nicht vergessen, daß die Wohlfahrtspflege gerade für sie eine Versicherungstranche gegen Arbeitslosigkeit und Unruhe ist.

Keine Vergnügungssteuer bei Verfassungstagen

Heber einen Antrag zur jährlichen Veranlagungssteuerzahlung berichtet Stadtv. **Hammerich** (Soz.). Danach sollen Veranlagungssteuer zum 11. August steuerfrei bleiben. Die Rechtsparteiler beantragen auch Veranlagungen zur sogenannten Veranlagungssteuer am 15. Januar steuerfrei zu lassen.

Stadtv. **Grummert** (Soz.) lehnt den Antrag ab, weil der 15. Januar der Gründungstag des alten Kaiserreichs gewesen ist, das die Arbeiterschaft entschieden. Es sei verwunderlich, daß die Rechte nicht auch Steuerfreiheit für Kaisergeburtstagsfeiern verlangen. Stadtv. **Genning** (Dem.) lehnt den Antrag der Rechten ebenfalls ab, während Stadtv. **Hödel** (Komm.) auch die Steuerfreiheit der Verfassungstagen ablehnt. Die Mehrheit der Arbeiterschaft wolle von der Verfassung nichts wissen, weil kein Unterschied bestünde zwischen Kaiserreich und Republik. Der Antrag der Rechten wird abgelehnt, die Vorlage mit Mehrheit angenommen.

Haushaltspläne

Als erster unter den vorliegenden Etats wird der des Bürobedarfsamts besprochen. Stadtv. **Reinhardt** (Rechts.) soll über den Haushaltsplan berichten, macht aber an Stelle dessen

seinen Mittelständlerherzen über diesen Regiebetrieb der Stadt Luft. Stadtv. **Schüler** (Dem.) stimmt dem Haushaltsplan zu. Stadtrat **Finte** erläutert die Art der Vergabung von Aufträgen durch das Amt, die ganz einwandfrei ist. Die Vergabung wird unter einem Kennwort vorgenommen, ohne daß bekannt ist, welcher Firma der Auftrag erteilt wird. Stadtv. **Meier** (Rechts.) beginnt: „Ganz offen sage ich Ihnen, was eigentlich gar nicht nötig ist.“ (Große Heiterkeit.) Er behauptet dann, daß das Amt nicht rentabel arbeite.

Stadtv. **Pfeiffer** (Soz.): Das Bürobedarfsamt ist besser eingerichtet, als mancher Privatbetrieb und infolgedessen auch rentabel. Die Rechte will aber prinzipiell das Amt befestigen, obwohl von ihren Vorgängern der Grundstock dafür gelegt wurde. Schon im Jahre 1848 hat ein Herr **Wohlfeld** die Beschaffung einer Handpresse für die Stadt empfohlen. Ueber 50 Jahre besteht also diese Einrichtung. Seit man das Amt modernisiert hat, erzielte es immer bessere Leistungen.

Stadtv. **Hödel** (Komm.) lehnt den Etat ab, da noch immer Aufträge an Private vergeben würden. Er will das Amt so ausbauen, daß die Stadt alles selbst machen kann. Stadtv. **Bus** (Rechts.) behauptet, daß 50 arbeitslose Buchbinder sofort Beschäftigung finden würden, wenn es in Magdeburg kein Bürobedarfsamt gebe. Ihm wird vom Stadtv. **v. d. Heide** (Soz.) entgegengehalten, daß die Meister ihren Gesellen damit ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn 50 Buchbinder beim Meister nur soviel leisten würden, wie 10 im Bürobedarfsamt.

Stadtrat **Finte** weist darauf hin, daß er bereits vor 2 Jahren eine Rentabilitätsrechnung für das Amt aufgemacht habe. Es ist damals erwiesen, daß das Amt der Stadt rund 50 000 Mark Ersparnis bringe. Nachdem Stadtv. **Flumborn** (Soz.) den Vorschlag gemacht hatte, der Rechten Gelegenheit zu geben, bis in alle Einzelheiten die Rentabilität des Amtes nachzuprüfen, wird der Etat bei Stimmenhaltung der Rechten angenommen.

Bei der Beratung des Gaswerks etats beront der Stadtv. **Meier** für die Rechtsfraktion, daß diese im Ausschuß dem Etat zugestimmt habe. Die Rechtsfraktion behalte sich jedoch vor, auf diesen Etat bei der Beratung des Staatsetats zurückzukommen. Er erhob schon an dieser Stelle Widerspruch gegen noch nicht beratene Steuererhöhung und nannte noch einmal im einzelnen die bereits im Ausschuß verhandelten Absätze des Etats. Bürgermeister **Landberg** betont, daß die von der Rechtsfraktion gewünschten Absätze unmöglich seien. Genosse **Flumborn** erwidert dem Stadtv. **Meier**, daß seine Ausführungen nur für die Öffentlichkeit bestimmt seien, einer ernsten Prüfung könnten die vorgebrachten Gründe jedoch nicht standhalten. Wenn Mittel aus den Erträgen des Gaswerks für die neue Gasgesellschaft im Hofengebiet bestimmt worden seien, könne auch die Rechtsfraktion nichts dagegen einzumenden haben, denn sie habe sich mit aller Entschiedenheit für die Errichtung dieser Werke eingesetzt. Dieses Geld sei durchaus richtig verwendet. Es sei doch besser, als wenn neue Anleihen aufgenommen werden müßten.

Rechtsfraktion schimpfte doch dauernd über die sogenannte „Pumpwirtschaft“ der Kommune

und protestierte plötzlich gegen eine ordentliche Verwendung von Gewinnen. Die zweijährige Verluste ließe sich auch das Bürgertum auf die Dauer nicht gefallen.

Bürgermeister **Landberg** erklärt sich bereit, der Rechtsfraktion Einsicht in die Pläne zu geben, damit sie die Rentabilität der vorgenommenen Abänderung kontrollieren könne. Er betont, nachdem vom Stadtv. **Finte** (Rechtsfraktion) verlangt worden war, die Stadt solle ihre Substanz anerkennen, daß von Seiten der Stadt nichts anderes gemacht werden sei, als was die Handelsgesellschaft vorschreibe. Wenn die Substanz anerkennen würde, könne man keine Kredite bekommen. Genosse **Flumborn** hält der Rechtsfraktion noch einmal ihre Propaganda vor, aus der letzten Wahl vor Augen, worin gefordert wird, daß die Stadt dauernd weiter verfallende. Der Etat wird trotz einiger Einwendungen der Kommunisten, die noch einen besonders Antrag stellten, einstimmig angenommen.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Rechtsfraktion gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten wird der Etat des Wasserwerks mit dem im Haushaltsausschuß beschlossenen Änderungen angenommen. Der Haushaltsplan der Stadtentwässerung findet einstimmige Annahme. Die Revisierung und Änderung der Kanalgebührenfrage wird gegen die Stimmen der Kommunisten und der Rechtsfraktion angenommen. Bei der

Veratung des Haushaltsplans des Elektrizitätswerks entspinnt sich eine längere Debatte.

Der Stadtv. **Reinhardt** (Rechtsfraktion) mündet Absicht in Höhe von 160 000 Mark. Er behauptet, der Haushaltsausschuß habe entsprechend beschlossen. Bürgermeister **Landberg** hält ihm entgegen, daß tatsächlich nur 42 400 Mark abgeteilt seien. Der Kommunist **Ködel** spricht gegen die Direktorengehälter und Tantiemen. Der Stadtv. **Schüler** lobt die verantwortliche Betriebsführung des Werkes. Der Haushaltsausschuß habe nach ernster Prüfung keine andere Entscheidung als die der 100 000 Mark vornehmen können. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht der Stadtv. **Flumborn** sich ebenfalls gegen die Tantiemen für die Direktoren des Elektrizitätswerks aus. Er wendet sich auch dagegen, daß diese unter „sonstige Ausgaben“ verbucht würden. Die sozialdemokratische Fraktion verlange vom Magistrat eine ganz bedeutende Herabsetzung dieser Tantiemen und Auflösung des diesbezüglichen Betrags. Der Stadtv. **Bulf** (Rechtsfraktion) spricht sich gegen die Kommunalverwaltung aus. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Stadtwirtschaft ihre Substanz erhalte in einer Zeit, da die Wirtschaft nur leide. In einer Erklärung des Bürgermeisters **Landberg** wird von den Tantiemen und der 1927 mit Willen der Rechtsfraktion beschlossenen Beamtenegehälterherabsetzung gesprochen, was den Stadtv. **Preemann** (Rechtsfraktion) Veranlassung gibt, gegen die Beamtenegehälter zu wettern. Besonders haben es ihm die Magistratschreiber angefallen. Aus einer verborgenen Einkübelung könnte man entnehmen, der Magistrat habe

Schuster und Schneider zu Schulräten gemacht?

Der Genosse **Wach** stellt die Ausführungen von **Preemann** rade. Gerade die Rechtsfraktion habe sich für eine Erhöhung der Gehälter für obere Beamte damals eingesetzt. Der damalige Vorsitzende der Rechtsfraktion habe den kläffenden Anspruch getan: „Sie können von einem intelligenten Menschen nicht verlangen, daß er für 20 000 Mark arbeite.“ Stadtrat **Waldschmidt** hebt hervor, daß der Stromverbrauch, wie bisher angenommen würde, nicht geringer geworden ist, sondern sich gesteigert habe. Es sei jedoch eine Ertragsmindernde, daß je größer die Stromabgabe, um so geringer, relativ, die Einnahme sei. Ein von den Kommunisten gestellter Antrag wird abgelehnt. Der Gesamthaushalt des Elektrizitätswerks wird mit dem vom Haushaltsausschuß beschlossenen Abänderungsanträgen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Der Haushaltsplan der Verbrauchsbücherei und des Hofengebietes findet einstimmige Annahme. Ebenso findet der Haushaltsplan des Bodewesens nach einigen Ausführungen der Kommunisten den Hödel einstimmige Annahme. Der Haushaltsplan des Am-

Zwiefpalt der Natur

Wenn du im März durch die Straßen wandelst — vornehmlich dann, wenn er zur Reige geht — dann scheint die Sonne mild an einem Tage. Am andren wiederum ein eifriger Nordwind weht.

Dort blühen schon die weißen Glockenblümchen. Im stillen Park die Amjel triuert. Dort liegt noch Schnee, grad wie im tiefen Winter, daß dir dein Fußpaar eisbeinmäßig friert.

Dann wieder steigt das Thermometer höher. Zeigt 16 Grad — wie linder Sommertag —, Daß auch noch nächtlich du im biden Bette im Schweiß deines Angeichts wirst wach.

Am nächsten Morgen fällt schon wieder tiefer der Wettermesser — unter Null sogar —. Doch bis es Mittag wird — wer kann es wissen — ist's wieder warm und mild und sonnenklar.

So wechseln ab die Wärme mit der Kälte und Regen, Schnee, Nordwind und Sonnenschein. Man jagt mit Recht drum völlig unbedenklich: Daß muß der Zwiefpalt der Natur wohl sein.

8 a 1 L

Zum Tag des Buches

Weggeworfenes Geld.

Als ich noch Lehrling war und für die Woche 3 Mark Lohn erhielt, von denen noch 16 Pfennig Kranken- und Invalidenfajhenbeiträge abgezogen wurden, nahmen mich meine Eltern einmal mächtig ins Gebet, als ich eines Tages mit drei Bänden Heine nach Hause kam. Die drei Bände erschienen damals neu und kosteten 4 Mark, sauber gebunden. 20 Jahre hindurch sind diese drei Bände meine treuen Gefährten, vielleicht mit dem Unterschied, daß sie nicht mehr ganz so neu sind als damals, daß mir aber im gleichen Maße das Verständnis für den Inhalt wuchs.

Mein Vater schüttelte beinahe während den Kopf über solche Geldverwendung; ich hatte mir mühselig Tagelohn und Trinkgelder gespart. Ich hätte auch gar nicht gewagt, für Bücher einen Ertrag zu suchen, aus Vaters Tasche zu erbitten. Und die Mutter? Ach, sie war eine eifrige Leserin der Kommuiterbibliothek; aber Bücher kaufen, wo man sie gratis leihen konnte, das ging beinahe über ihre Begriffe. Hatte man die Bücher gelesen, gab man sie zurück und tauschte sich andre dafür ein. Wozu also 4 Mark bezahlen — damals ein ganzer Tagelohn, für eine Sache, die man durchliest und dann beiseite legt. Noch weniger wurde es verstanden, wenn ich aus der Bibliothek ein Buch geliehen hatte und andeutete, daß ich auch dieses Buch in eigenem Besitze haben möchte, eben, weil ich es kennengelernt hatte. Meine Eltern haben sich damit abfinden müssen, daß ich das „Geld wegwart“.

Gaben sich seitdem die Zeiten geändert oder sind die Bücher anders geworden? In Bezug auf Bücher ist kein Mangel. Ich meine nicht an Lesestoff, der in Büchern eingebunden ist. Angefangen von der „Familienzeitung mit Unfall- und Lebensversicherung“ bis zur täglichen Zeitung, gibt es eine Fülle von ernstem und hehrer Sachen, vom rühmlichen Kutsch bis zur nächsten Tageszeitung, von Unterhaltung und Wissen, daß man glauben könnte, Bücher können wahrhaft Neues auch nicht mehr bringen. Und außerdem, wo soll man auch die Zeit bernehmen zum Lesen. Am Tage Arbeit und abends die Zeitung, da stehen übrigens auch Romane drin. Liest man die Zeitung von Anfang bis Ende, ist es auch für das Bett so weit.

In der Zeitung stehen auch Romane. Es gibt Menschen, die sofort mit ihrem Urteil fertig sind, wenn es heißt, ein Roman. Roman ist für sie gleichbedeutend mit Schwindel, ist etwas „für die Frauen“. Vielleicht hilft es doch, wenn man diesen Zweifeln immer wieder zuredet, doch einmal neugierig zu sein und den Schwindel zu lesen.

Andre wieder, und das sind nicht nur Frauen, lesen fast nur den Roman der Zeitung und haben nur den einen Verger, daß die Fortsetzung schon wieder zu Ende ist und die Geschichte erst morgen wieder weitergeht. Wenn sie ein Buch kaufen, ist es sehr oft der Zeitungstoman gefunden.

Und dann wieder springt plötzlich ein Buch auf, ohne lange Ankündigung und tritt einen Siegeslauf durch alle Erdteile an. Darunter gibt es gleichartige Bücher zum gleichen Preise, die besser sind und doch zum „Ladenhüter“ werden. Es ist nicht die Frage, woran das liegt, sondern es ist die Frage, warum werden die besten Bücher nicht auch so gekauft? Denn es werden sehr wohl Bücher gekauft, wie Neuenauflagen bereifen.

Es gibt für jeden Geschmack etwas, aber was für mich taugt, ist nicht immer etwas für den andern. Wenn sich aber schon einmal ein Arbeiter entschlossen hat, nun auch ein Buch zu versuchen, sich in die Buchhandlung begibt und ein Buch erhält, das eben nur ein Buch ist, nichts weiter, dann gibt es häufig eine große Enttäuschung. Nicht das Buch mit dem Kobelpreis ist immer das richtige.

Gewiß kann man einem Buchhändler nicht zumuten, alle Neuererscheinungen durchzulesen, aber man muß von ihm erwarten können, daß er roten kann zu diesem oder jenem Werke. Wir Arbeiter sind ja in dieser Beziehung nicht vollständig verlassen, wir erhalten die notwendige Unterstützung.

Bücher kaufen, die man nicht kennt? Wertwürdig, immer wenn man etwas kauft, überzeugt man sich, ob die Arbeit gut ist, ob es den Preis wert ist ihm. Nur bei Büchern kauft man zumweilen etwas, was man nach gar nicht kennt. In es überhaupt möglich, ein Buch zu prüfen und zugleich zu sagen: es ist für mich wertvoll? Es ist nämlich gar nicht wahr, daß ein Buch „wertvoll“ sei, wenn man es einmal durchgelesen hat. Wo in der Bücherwelt, der nicht von Zeit zu Zeit immer wieder in seinem Bücherstand sucht und ein Buch herbeiholt, das er bei Rommen oder Jahren bereits gelesen hat. Nicht ein einziger wirklicher „Büchermann“ kauft ein Buch nur einmal; ein Romanwerk wird nicht durch einmaliges Ansehen restlos begriffen.

Es gibt heute für jeden die Möglichkeit, sich einem „Büchermann“ anzuschließen, der ihm mit Rat und Tat gut Seite steht. Aber ohne Bücher sein, ist gleichbedeutend, wie ohne Zeitung sein. Wer ein Buch in seine Hände nimmt, geht eigentlich an einem kühnen Abenteuer vorbei, das auch für ihn geschaffen wurde und zu seiner Verfügung steht. Geld für Bücher ist nicht weggeworfenes Geld.

hellungsworts einschließlich Stadthalter und Turm hat es dem Kommuniten angehen. Er wettet gegen diese Einrichtungen und gegen die für ihre Erhaltung erforderlichen Summen. Der Stadterordnete Schüller (Dem.) erklärt, es sei ihm unverständlich, wie ein

Vertreter der Werkstätten, dem an solchen Einrichtungen ganz besonders gelegen sein müßte, sich dagegen äußern könne.

Die Anlagen auf dem roten Horn seien die schönsten Erhaltungspunkte, wie man sie kaum in einer andern Stadt vorfinde. Sie müssen noch Schürer gelobt werden. Schließlich wird der Etat mit den Abänderungsvorschlägen gegen die Stimmen der Kommuniten genehmigt. Das Wohnungsbauprogramm löste eine heftige Debatte aus. Graf von Bismarck den Wunsch der Rechtsfraktion, der dahin geht, den Bau von Häusern an bestehenden Straßen (Ausbau der Wohnungsflächen) vorzunehmen. Der Magistrat habe jedoch erklärt, daß die Siedlungsbaueu billiger seien, als diese Häuser im Stadtbereich. Er empfiehlt die Heberhebung der Anträge an den Kleinwohnungsbaueu. Der Stadterordnete Georg Seiler (Rechtsfraktion) erklärt sich für den Wohnungsbau, jedoch jedoch den Wunsch aus, daß auch größere als Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen gebaut werden sollen. Stadterordnete Herrmann (Rechtsfraktion) gerät in eine sinnliche Aufregung, in der er die letzten Worte von sich gibt, daß nicht wie der Magistrat sage, 1000 Wohnungsjüchende in Magdeburg vorhanden seien, sondern nur 100. Er weist diese Behauptung als verabschieden Erfahrungen als unzulässig, die er mit Wohnungsbauern gemacht habe.

Sagu erklärt der Stadterordnete Plumbach: Ich möchte, der Kollege Herrmann hätte recht. Denn brauchen wir nicht mehr über den Bau von neuen Kleinwohnungen den Kopf zerbrechen, sondern können die Sanierung der Häuser in Angriff nehmen. Der Wunsch der Rechtsfraktion, auf Bau von großen Wohnungen müßte jedoch ernstlich geprüft werden. Es gibt gewisse Wohnungskategorien, die nur von jedem dritten genommen werden.

Entscheidend ist dabei die Frage des Einkommens und nicht die des Gehalts.

Die neuen Stellen der Bevölkerung sind an der Größe der Wohnungsbauern angelehnt. Die Rechtsfraktion muß ernstlich einen Beschäftigten Wunsch in der letzten „Kommune“ äußern, denn man ist jetzt auch über den Wunsch von Herrn Bismarck, die neuen Stellen der Bevölkerung der Wohnungsbauern zu übertragen.

Die Wünsche sind am dem und der Zeit zu richten, wenn es eine neue Stadt- und Umgebungsplanung treffen.

Wir können für das Programm; behalten uns aber die Stellung von beideren Anträgen vor. Die Leistung des Bauamts für die freie Bauwirtschaft braucht von der Rechtsfraktion nicht besonders betont zu werden. Der Bauamt in Magdeburg war immer offen. Die Bauunternehmer Magdeburg haben sich der gemeinnützigen Bauwirtschaft zugewandt und sich nicht schlecht dabei gehalten. Dessenungeachtet gelang es auch der Sparkasse, den gemeinnützigen Bauunternehmern die erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen, damit der Baubetrieb in Gang kommt.

Es liegt noch die programmatische Brandrede der Kommuniten durch den Stadterordneten Lischewski. Er vergleicht das Programm der Stadt Magdeburg mit dem der Sowjetregierung und kommt zu dem Schlusse, daß die Stadt so ziemlich alles falsch macht.

Stadtrat Heuer verurteilt das Programm. Die Stadt Magdeburg sei in dieser Frage den rechten Weg gegangen. Er wünschte, der Stadterordnete Herrmann hätte recht, dann könne man das Geld, das für die Neubauten ausgegeben werden muß, für andere dringende Ausgaben verwenden. Die Statistik beweise, daß in den

letzten Jahren in Magdeburg mehr gebaut worden sei, als vor dem Kriege.

obgleich die wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend schlechter seien als früher. Magdeburg habe die billigsten Neubauwohnungen, das sei nur möglich gewesen durch enge Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Bauunternehmern. Obgleich in Magdeburg die Kosten für Neubauwohnungen sehr niedrig seien, könnten viele Arbeiter und Angestellte diese Neubauwohnungen nicht einmal bezahlen. Der Bau von Kleinwohnungen sei dringend nötig. Man lasse die Wohnungen der Stadt würden nur für Arbeiter gebaut. Diese Behauptung ist eine Keimfalle. Selbstverständlich könne die Stadt für ganz große Wohnungen keine Zuschüsse geben. Die Entscheidung ergibt eine einstimmige Zustimmung aller Parteien, einschließlich der Kommuniten.

Zum Schlusse der Sitzung ergreift der Stadterordnete Herrmann das Wort zu einer kurzen Abschiedsrede für den Schöffen Ratgeber Nordmann. Professor Nordmann habe sich 23 Jahre in Dienste der Stadt. 10 Jahre habe er mit ihm zusammengearbeitet. Seine Arbeit habe nicht den Stempel der Sachlichkeit und der Klugheit der ganzen Stadterordnetenversammlung getragen. Er habe eine Bekanntschaft; aber er sehe in jedem den Menschen, ohne ihn, sondern jedoch diese Haltung für sich. Möchten diese Grundzüge doch auch im politischen Kampfe zu beachten werden. Professor Nordmann dankt für die Worte. Er habe in den letzten Jahren seiner Tätigkeit eine große Umwandlung in der Struktur der Stadt erleben können. Er habe das Verständnis gefunden für seine Arbeit.

Entwurf einer Reichsstädteordnung

Einwohnerfragen - Schaffung des Magistrats

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in eingehenden Beratungen die Grundlage für ein einheitliches deutsches Städtetrecht entworfen und das Entwurf einer Reichsstädteordnung beschlossen, der den Parlamenten des Reiches und der Länder sowie den zuständigen Regierungsorganen schon zugestellt worden ist.

Der Entwurf bezieht sich darauf, die jungen zu regeln, deren einheitliche Regelung im öffentlichen Interesse besteht und die jungen Zeitgenossen für die Verwaltung des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes zu erziehen. Er behandelt in 19 Paragraphen vor allem die Rechte, Befugnisse und die Aufgaben der Städte, des Bürgermeisters, die Zusammensetzung und Zuständigkeit der städtischen Organe, die städtische Verwaltung, die Gemeindehaushalte, die Rechnungslegung, die Rechnungslegung, die Stadtkommune und die Umgebungsplanung.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Paulsen, begrüßt den Entwurf der Reichsstädteordnung in einer Rede vor den Städtetagen und äußert dazu einige wichtige Punkte: Niemand wird die Bedeutung des Vorganges verkennen, daß durch die Städte aus allen Teilen des Reiches die Grundlage eines einheitlichen deutschen Städtetrechts herbeigeführt haben. Die verschiedenen Typen der deutschen Gemeindeverwaltung sind aus dem Ideen des Städtetages zum Vorschein gekommen. Sie haben sich in den einfachen deutschen Bauernhäusern jetzt nach verschiedenen Richtungen hin entwickelt, in der Form aber sind ihre Grundzüge weniger verschieden, als man glauben möchte. In dem Entwurf der Städteordnung ist als Ergebnis wichtiger Untersuchungen ein neues Städtetrecht entworfen, das die alten Grundzüge Ideen mit den Forderungen der Gegenwart in Verbindung bringt.

Die Gemeinden erhalten eine reichliche Dezentralisierung der Verwaltung des Reiches und der Länder. Schon jetzt haben sie als Vertreter des Reiches und der Länder fast alle Rechte- und Befugnisse durchzuführen; damit erweitert die Städteordnung nach einer übersichtlichen und einheitlichen Verteilung der lokalen Rechte, Befugnisse und Aufgaben im Reich und in den Ländern möglich werden und überdies können, wie der Entwurf enthält, an die sie ihre Angelegenheiten und verantwortungsmäßigen Gebührenden. Und schließlich ist wieder die Verwaltung und Kontrolle nach dem Prinzip der Einheit und Einheitlichkeit als der Bürger, daß in einer einheitlichen Verwaltung und in jedem der städtischen Organe die städtischen Organe unter verschiedenen Namen leben, verbunden verantwortungsmäßig, verbunden Verantwortliche und Kontrollen haben.

Die Städteordnung enthält als die Grundlagen des Entwurfs die Übertragung der Selbstverwaltung durch die neue Städteordnung, das Einbürgerungsrecht, die einheitliche Verteilung der Rechte an der Verwaltung und Gesetzgebung. Die städtische Verwaltung des Reiches, Landes und Gemeinde, eine freie Abgrenzung der Verwaltung, eine bestimmte Begrenzung der Staatsgewalt und genügender Schutz des Bürgers.

Der Entwurf der Städteordnung enthält daher für die

deutschen Städte das Einförderungssystem und kommt damit zu der Form, der sich auch die preussische Staatsregierung in dem Verfassungsentwurf für Berlin und, wie man hört, in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes, angelehnt hat. Unter dem Einfluß der neuern politischen Entwicklung ist das Einförderungssystem, insbesondere die Magistratsverwaltung, der Bildung eines einheitlichen und starken Verantwortungsbewusstseins immer hinderlicher geworden. Die mit ihm verbundene Unpersönlichkeit und Verantwortlichkeit der Verwaltung ist nicht mehr zu rechtfertigen, nachdem die wesentlichen Vorgänge dieses Systems sich nicht mehr anweisen. Das vom Städtetage vorgeschlagene System stellt eine einzige Körperschaft (Stadtvollversammlung) vor, in der künftig nicht nur die Entscheidung über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinden, sondern auch das Schicksal der Verwaltung liegen soll. Selbstverwaltung ist nicht möglich ohne volle Selbstverantwortung.

Die gewählten gewählten Angehörigen jeder Stadt verhalten eine unabhängige Verantwortlichkeit als Leiter der Verwaltung. Bürgermeister und Gemeindevorstand sind keine Gegenstände. Die demokratische Methode wiederum soll den richtigen Mann an die richtige Stelle setzen und ihn mit den Machtbefugnissen beauftragen, die das Vertrauen der Bürgerinnen und der Bevölkerung des Reiches verdienen. Die moderne Städteverwaltung und die Ideen der Selbstverwaltung verlangen einen verantwortungsbewussten und verantwortungsbewussten Leiter.

Die Entscheidungen des städtischen Selbstverwaltungsorgans sind nicht nur für die Kommunalverwaltung maßgebend gemacht werden. Die gewählten Bürger bilden die Stadtvollversammlung, die kann in den verschiedenen und dem vermittelnden Ausschüssen und Ausschüssen ihre Aufschlüsse und Entscheidungen untereinander und mit dem leitenden Vorstand der Stadt aus. Die Entscheidungen Stadtvollversammlung und des Ausschusses können gerade in dieser Beziehung eine wertvolle Kontrolle der Selbstverwaltung erfüllen. Der Bürger muß eine Verantwortung vor sich haben, demnach Auftrieb und Befugnisse für und übermäßig gemacht sind, vor denen anderen Befugnissen er aber auch durch geeignete Maßnahmen geschützt ist. Wenn genügender Nachdruck besteht, ermöglicht sich in vieler Hinsicht schon deshalb eine Vertiefung der städtischen Verwaltungsmittel. Der Gedanke der Selbstverwaltung verlangt auch keine unangenehmen Einschränkungen. Die Selbstverwaltung durch überkommene Gewohnheit oder durch unzulässige Maßnahmen eingeschränkt, würde die Verantwortung auf menschliche oder andere Organe übertragen und dadurch sich nicht nur von ihren Grundzügen entfernen, sondern auch den wichtigsten Teil ihrer Bedeutung für das städtische Leben verlieren.

Nun die Frage nach der unmittelbaren städtischen Verantwortung des Entwurfs einer Reichsstädteordnung, welche Dr. Paulsen mit, daß man zunächst eine Entscheidung zwischen Reich und Ländern über den Entwurf annehmen dürfte. Zum übrigen würden Städteordnung und Städteordnung der Grundzüge dieses Entwurfs zu den verschiedenen Verhältnissen eines Gesetzes für Berlin und eines Selbstverwaltungsgesetzes Stellung nehmen.

Billige Mantelstoffe. Webwaren Groß- & Einzelverkauf. Stolze. Inn. 507c-Naser. Karlstraße 1. Ecke D-1-1. Haupt-Str. gegenüber G. Mühlstraße.

Neubau einer Vorhalle am Gruson-Gewächshaus

Im April 1896 wurden die Gruson-Gewächshäuser der Öffentlichkeit übergeben. Lange vorher waren sie vom Fabrikanten Gruson errichtet, der sie in seinem Testament der Stadt vermachte. Die Gewächshäuser können also schon auf ein gutes Menschenalter zurückschauen und es ist durchaus verständlich, wenn sich seit einigen Jahren Altererscheinungen an den Bauten bemerkbar machten, die alljährlich zu Reparaturen und Ausbesserungen zwangen.

Besonders schwer war davon die ehemalige Vorhalle betroffen. Ihr Eisengerippe war so schlecht, daß sie dringend erneuert werden mußte. Es ist nur zu begrüßen, daß der Stadt-

nur diesen, mit besonderen Neigungen behafteten sind die Gewächshäuser ein gernbesuchter Ort, sondern allen denen besonders, die nach der Wochentage Mühen

Sonntags aus dampfen Wohnungen fliehen, um dort eine Stunde stiller Beschaulichkeit zu verleihen.

Nur diesen Zwecken der Erholung sollen Gärten, Parke und Gewächshäuser dienen. Sie sind demokratische Einrichtungen, die allen Bevölkerungsschichten in gleicher Weise zugänglich sind; besonders notwendig in einer Zeit, die den Menschen seelisch und körperlich außerordentlich anspannt. Aus dieser Erkenntnis heraus ist gewiß auch der städtischen Garten- und Friedhöfsver-

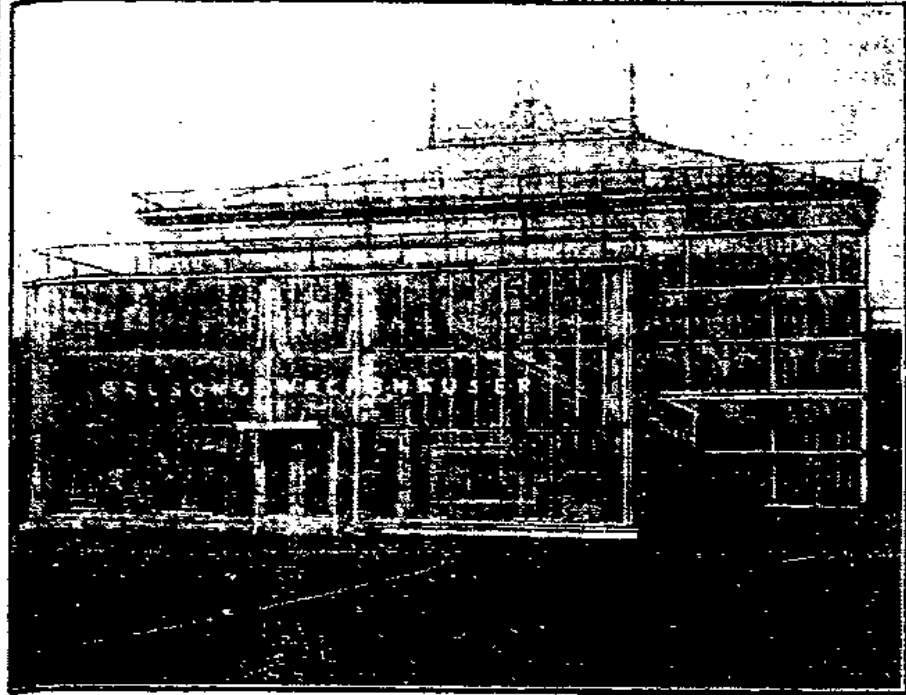
rafsenberweise tragen viele Bäume Früchte, die zur vollen Reife gelangen. Fast alle Palmenorten haben große Trauben mit Früchten. Wie eine riesige Weintraube hängen sie zwischen den Blättern. Auch die Bananen zeigen große Fruchtbolben.

Ein Glanzstück ist die Kakteenammlung, die in dieser Gasse in Deutschland wohl keine Stadt mehr aufzuweisen hat. Es finden sich dort alte Exemplare von unschätzbarem Wert. Ueber hundertjährige Kakteen, deren Stämme bereits verholzt sind. Ueberaus vielseitig auch die kleinen Pflanzen. Für alle Kakteenliebhaber ist dieses Haus ein wahrer Genuß. Und Kakteen sind ja heute Modepflanzen.

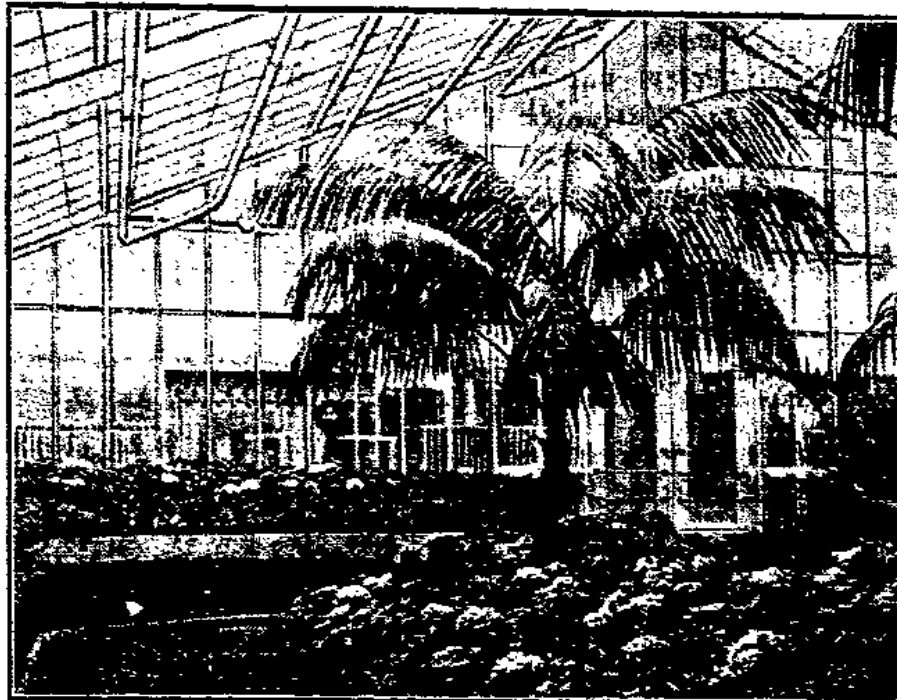
Leider werden sie deshalb manchmal auch sehr unanft behandelt. Es kommt immer wieder vor, daß versucht wird, von den Pflanzen Senfer abzubrechen, wobei sie dann leicht beschädigt werden. Auch mutwillige Zerstörungen lassen sich feststellen.

Daß es im Gewächshaus auch tropische Tiere gibt, wissen ebenfalls die wenigsten Magdeburger. Da sind drei possierliche Affchen, bunte Papageien und ein großes Krokodil. Ein Aquarium zeigt sehr seltene und schöne Fische, und ein Paar Achteuben zieht zurzeit Junge groß.

Alles in allem, eine sehr interessante Stunde, joldy ein Rundgang durch das Gewächshaus. Möchten es doch noch viel mehr Magdeburger bei dem billigen Eintrittspreis von 30 Pfennig für Erwachsene und 20 Pfennig für Kinder besuchen. —



Die neue Eingangshalle des Grusongewächshauses.



Blick in die blumengeschmückte Vorhalle.

rat Genosse Haupt sich für einen Neubau der Vorhalle einsetze.

Der bereits im Winter in Angriff genommene

Neubau ist jetzt vollendet, und am Freitagmorgen eröffnet

worden. Der ehemals vieleckige Rundbau ist jetzt rechteckig ausgeführt und in zwei getrennte Räume aufgeteilt. Von Park am Klosterberggarten her kommt man zunächst in einen Vorraum, der als Warteraum und Garderobe gedacht ist. Der sich anschließende Verbindungsraum enthält in der Mitte ein Arrangement von Blumen und Palmen, um das herum zwei Wege in den Haupt-Palmenraum führen.

Die Gewächshäuser werden um einen Schmuck bereichert. der Beachtung verdient und seine anziehende Wirkung nicht verfehlen wird.

Es gibt kaum einen Magdeburger, der nicht unter den Palmen, Kakteen, Blumen oder Tierchen einen guten Freund hat. Die Gruson-Gewächshäuser sind für diejenigen eine Entschädigung, die nach der Größe oder Qualität eines Tiergartens oder Palmenhauses ihre Liebe zur Stadt bemessen. Aber nicht

waltung die Pflege und Anschaffung von Erholungsanlagen aller Art in den letzten Jahren angelegen gemeinen. Der Neubau der Vorhalle am Gruson-Gewächshaus muß besonders anerkannt werden.

Rundgang durch die Gewächshäuser

Am Freitagvormittag war die Breiße zu einer Besichtigung der neuen Vorhalle der Gewächshäuser eingeladen. Stadtrat Genosse Haupt erläuterte die Anlage und erinnerte daran, daß in den Werten der Inflation die prächtigen Gewächshäuser mit ihren zum Teil unerschätzbaren Werten beinahe der großen Not hätten geopfert werden müssen. Man war im Jahre 1923 nahe daran, die Heizung einzustellen. Auf Veranlassung des Genossen Haupt ist seinerzeit noch einmal der Versuch gemacht worden, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Das gelang auch. Und so wurden die oft, selbst von den meisten Magdeburgern nicht beachteten wertvollen Pflanzensammlungen erhalten.

Ein Rundgang durch die einzelnen Häuser zeigte erst unter sachkundiger Führung alle die Schätze auf, die es dort gibt. Ueber-

— Kirchenaustritte. Das Kirchensteuerjahr läuft mit dem 31. März ab. Wer bis dahin noch ausscheidet, braucht nur noch 3 Monate Kirchensteuern zu zahlen. Wie uns der Vorstand für Freidentertum und Feuerbehaltung E. V. mitteilt, will er wiederum die Kirchenaustritte erleichtern, um einen Arbeitszeitverlust für die Personen zu vermeiden, die aus der Kirche ausscheiden wollen. Wer die Absicht hat, aus der Kirche auszuscheiden, melde sich sofort in der Geschäftsstelle Magdeburg, Sobepfortestraße 41. Geschäftszeit: Montags bis Donnerstags von 8 bis 14 Uhr, Freitags von 8 bis 1 Uhr und von 1/2 bis 7 Uhr. Sonnabends von 9 bis 1 Uhr.

— Neujährlicher 2. Sammelstunde. Am Sonnabend und am Sonntag, abends 7 Uhr, wird auf der Schulbühne zum Besten bedürftiger Jugendweihelfender gespielt. Die Schule erwartet in Anbetracht des guten Zweckes zahlreichen Besuch. —

× Unglücksfall. Der Vete Kurt Matzner, wohnhaft Sudenburger Straße 7, wurde von einem Auto angefahren und erlitt eine Rippenverletzung. M. fand ebenfalls Aufnahme im Krankenhaus Sudenburg. —

Der erfolglosen Gelbdranknader. In der Nacht zum Freitag versuchten Einbrecher bei den Rechtsanwältinnen Porté und Jaepfer, Breiter Weg 214, den Geldschrank aufzubrechen, es gelang ihnen aber nicht. Anstehend haben sie nichts gestohlen, nur die Schränke und Kästen durchwühlt. Auch bei einem benachbarten Juristen versuchten sie etwas zu erobern, aber auch hier durchwühlten sie nur alles ohne Erfolg. —

— Motorradunfall. Am Donnerstagnachmittag gegen 1/2 5 Uhr geriet ein Motorradfahrer mit dem Beiwagen auf den rechten Bordstein der Berliner Chaussee. Der Fahrer riß die Steuerung herum, jaufte über den Fahrweg auf den gegenüberliegenden Fußsteig und durchbrach das starke Holzgeländer. Der Fahrer reitete sich durch Abirringen. Das Rad landete 3 Meter tiefer an der Böschung. —

Die am 7. ds. Monats beim Brande unseres Geschäftes

Storch

HITZE, WASSER, RAUCH

leicht beschädigten Schuhe und andere bringen wir zu ganz gewaltig herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Delphi
Qualitäts-Schuhe noch nie so billig

Beginn: Sonnabend früh 9 Uhr

Delphi

Schuh G.m.b.H.
Breiter Weg 23 Ecke Berlinerstr.

